



XV. Legislaturperiode

XV legislatura

WORTPROTOKOLL
DER LANDTAGSSITZUNG

NR. 189

RESOCONTO INTEGRALE
DELLA SEDUTA DEL CONSIGLIO
PROVINCIALE
N. 189

vom 12.12.2017

del 12/12/2017

Präsident
Vizepräsident

Dr. Roberto Bizzo
Dr. Thomas Widmann

Presidente
Vicepresidente

WORTPROTOKOLL
DER LANDTAGSSITZUNG

NR. 189

vom 12.12.2017

Inhaltsverzeichnis

Landesgesetzentwurf Nr. 146/17: "Bestimmungen in Zusammenhang mit dem Stabilitätsgesetz 2018" – (Fortsetzung)

Landesgesetzentwurf Nr. 147/17: "Landesstabilitätsgesetz für das Jahr 2018" – (Fortsetzung)

Landesgesetzentwurf Nr. 148/17: "Haushaltsvoranschlag der Autonomen Provinz Bozen für die Finanzjahre 2018, 2019 und 2020" – (Fortsetzung)Seite 1

RESOCONTO INTEGRALE
DELLA SEDUTA DEL CONSIGLIO
PROVINCIALE

N. 189

del 12/12/2017

Indice

Disegno di legge provinciale n. 146/17: "Disposizioni collegate alla legge di stabilità 2018" – (continuazione)

Disegno di legge provinciale n. 147/17: "Legge di stabilità provinciale per l'anno 2018" – (continuazione)

Disegno di legge provinciale n. 148/17: "Bilancio di previsione della Provincia autonoma di Bolzano per gli esercizi 2018, 2019 e 2020" – (continuazione)pag. 1

Vorsitz des Präsidenten | Presidenza del presidente: dott. Roberto Bizzo

Ore 14.30 Uhr

Namensaufruf - appello nominale

PRESIDENTE: La seduta è aperta. Ai sensi dell'articolo 59, comma 3, del regolamento interno il processo verbale della seduta precedente è messo a disposizione delle consigliere e dei consiglieri provinciali in forma cartacea. Su di esso possono essere presentate, per iscritto, richieste di rettifica alla Presidenza entro la fine della seduta. Qualora non dovesse pervenire alcuna richiesta di rettifica, il processo verbale si intende approvato.

Copie del processo verbale sono a disposizione delle consigliere e dei consiglieri presso le collaboratrici e i collaboratori addetti alla stesura del processo verbale stesso.

Per la seduta odierna si è giustificato il vicepresidente Widmann.

Passiamo alla trattazione dell'ordine del giorno.

Punto 323) all'ordine del giorno: *Disegno di legge provinciale n. 146/17: "Disposizioni collegate alla legge di stabilità 2018"* – (continuazione),

Punto 324) all'ordine del giorno: *Disegno di legge provinciale n. 147/17: "Legge di stabilità provinciale per l'anno 2018"* – (continuazione) e

Punto 325) all'ordine del giorno: *Disegno di legge provinciale n. 148/17: "Bilancio di previsione della Provincia autonoma di Bolzano per gli esercizi 2018, 2019 e 2020"* - (continuazione).

Punkt 323 der Tagesordnung: *Landesgesetzentwurf Nr. 146/17: "Bestimmungen in Zusammenhang mit dem Stabilitätsgesetz 2018"* – (Fortsetzung),

Punkt 324 der Tagesordnung: *Landesgesetzentwurf Nr. 147/17: "Landesstabilitätsgesetz für das Jahr 2018"* – (Fortsetzung) und

Punkt 325 der Tagesordnung: *Landesgesetzentwurf Nr. 148/17: "Haushaltsvoranschlag der Autonomen Provinz Bozen für die Finanzjahre 2018, 2019 und 2020"* – (Fortsetzung).

Come voi sapete il nostro regolamento fa ancora riferimento al fatto che il bilancio fosse costituito da due leggi, ma adesso le leggi sono tre per cui se voi siete d'accordo io procederei come abbiamo fatto l'anno scorso: prima il dibattito generale su tutti e tre i disegni di legge, poi gli ordini del giorno sul disegno di legge n. 146/17 e poi gli ordini del giorno sugli altri due disegni di legge. Se siete tutti d'accordo io aprirei il dibattito generale sui tre disegni di legge n. 146/17, 147/17 e 148/17 per un'ora.

Consigliere Pöder, prego.

PÖDER (BürgerUnion – Südtirol - Ladinien): Das ist beruhigend, denn wenn man über die Arbeit der Landesregierung reden muss, dann wäre eigentlich nicht viel zu sagen, dann hätte man im Grunde das Ganze in kurzer Zeit abgehandelt. Die Landesregierung ist eine bessere Direktorenkonferenz, denn Politik wird da relativ wenig gemacht. Beim letzten ordentlichen Haushalt in dieser Legislaturperiode - beim nächsten ordentlichen Haushalt wird dann bereits ein nächster Landtag diskutieren - darf man dahin gehend Bilanz ziehen, dass diese Landesregierung vor allem darauf bedacht war, keine Späne fallen zu lassen. Aber sie hat auch sehr wenig gehobelt. Bekanntlich wo man hobelt, fallen Späne. Aber wenn man darauf bedacht ist, so wenige Späne wie möglich zu verursachen, dann hobelt man auch so wenig wie möglich. Das ist nicht Sinn eines Organs. Wenn wir charakterisieren sollten, wie das Verhältnis zwischen Landtag und Landesregierung in dieser Legislaturperiode war, dann muss ich ganz ehrlich sagen, weint man in dieser Hinsicht fast schon der alten, der früheren Administration eine kleine, ganz zaghafte Träne nach, denn die hatte mehr Respekt vor dem Landtag. Sie war machtbewusster, machtfülliger, - ganz klar - auch sonst fülliger, aber

hatte dahin gehend mehr Respekt vor dem Landtag, dass man die institutionellen Verpflichtungen beider Organe vorher mehr respektiert hat. Heute ist man jenseits dessen was man im Wahlkampf 2013 versprochen hatte und auch danach großmundig in Regierungserklärungen und ersten Haushaltsdebatten angekündigt hatte. Man ist dazu übergegangen, den Landtag gering zu schätzen als Abnickorgan, als lästiges Organ durch das die Gesetze noch gehen müssen, wenn die Landesregierung bereits alle Wege durchexerziert hat. Ich erinnere zum Beispiel an das Gesetz zur Reform der Sanität, das Jahre lang gebraucht hat, und als es im Landtag angekommen ist, hat man dem Landtag gesagt, es ist nur mehr abzusegnen, wir haben bereits gewählt. Man hat uns als Landtag nicht einmal in der zuständigen Gesetzgebungskommission die Gnade gewährt, Anhörungen der betroffenen Kategorien durchzuführen. Soviel Angst hatte man auf der einen Seite vor den Fragen der Abgeordneten, auch der Opposition, (Teile der Opposition haben so wie Teile der Mehrheit in diesen fünf Jahren einen Schlaf des vielleicht nicht Gerechten geschlafen), also man hatte Angst vor den Fragen der Opposition an die betroffenen Gewerkschaften, Patientenvertretungen, Ärztevertretungen, allen anderen Verbraucherorganisationen zur Sanitätsreform. Man hat der Opposition gesagt, man wolle keine Anhörung, weil man alle schon angehört hätte. Man hat vergessen, dass es eine Gewaltenteilung gibt, wobei Gewalt für den Landtag in dieser Form wie in den letzten Jahren auch das falsche Wort ist, dass die Landesregierung nicht Exekutive und Legislative in einem ist, sondern eben nur Exekutive. Der Landtag hat in seiner Mehrheit vergessen, dass er tatsächlich Legislative wäre, tatsächlich Kontrollorgan, tatsächlich Auftraggeber und tatsächlich auch noch das Recht bei einem Gesetz hat, und nicht nur das Recht, sondern als Gesetzgeber, die Pflicht hätte, Gesetze zu überprüfen und betroffene Kategorien anzuhören. Man hat in dieser Legislaturperiode gesagt und das nicht nur einmal: Wir haben schon mit allen geredet und wir haben schon alles durchexerziert, das brauchen wir nicht mehr zu machen. Ich hoffe, Herr Landeshauptmannstellvertreter Theiner, dass das bei der Raumordnung anders sein wird, dass die Landesregierung bei diesem großen Gesetzesvorhaben sich nicht so quer stellen wird. Wenn Opposition oder auch Mehrheitsabgeordnete Anhörungen, Gespräche und zusätzliche Informationen haben möchten, nach dieser Methode, einfach so hierher zu kommen mit einem mega Gesetzentwurf wie die Sanitätsreform und dann dem Landtag sagen, es ist so zu genehmigen, wir können da nichts mehr ändern, wir haben schon über alles diskutiert. Das ist keine Art. Ich würde dieser Mehrheit wünschen, dass sie die Mehrheit verliert, sich somit mit anderen auseinandersetzen müsste und nicht mehr so arrogant in den Saal kommen könnte und sagen, wir haben bereits mit allen geredet, ihr braucht mit niemandem mehr zu reden. Am Ende sehen wir jetzt, wenn ich bei dieser Sanitätsreform bleiben darf, im Haushalt werden wiederum 20 Millionen Euro mehr für die Sanität ausgegeben. Wir haben Reformen diskutiert, wir haben Bettenabbau gehabt, wir haben Geburtenstationen geschlossen, wir haben da und dort Leistungen abgebaut und trotzdem kostet die Sanität in dieser Legislaturperiode, ich glaube, 150 Millionen Euro mehr. Auch das dient als Beispiel wie schlampig und schlecht verdient wird. Die Hausaufgaben habt ihr nicht erledigt. Da braucht ihr euch nicht in den Sack zu lügen. Am Anfang dieser Legislaturperiode und dann drei Jahre lang hat der Landeshauptmann immer wieder versprochen, dieses "Zero-Base-Budgeting" zu machen, kurzum alles auszuschütten und zu sagen: Braucht es diese Ausgaben dort? Jede Ausgabe auf Null setzen. Müssen wir das Geld überhaupt ausgeben? Müssen wir diese Bereiche mit so viel Geld befassen? Das wurde nicht getan, es wurde groß angekündigt, man hat groß den Leuten draußen erklärt, es wird alles anders und alles besser. Letztlich sind wir am Ende der Legislaturperiode wieder bei der großen Geldumverteilungsmaschinerie angelangt. Wir sehen, dass bestimmte Bereiche immer mehr Geld verschlingen und manche Bereiche eben nicht so viel Geld beanspruchen. Geht es den Menschen besser am Ende dieser Legislaturperiode in Südtirol? Noch sind wir nicht so weit aber fast. Wohl kaum! Es wurde uns vorgerechnet, dass der Reallohnverlust mittlerweile keiner mehr ist, aber wir wissen insgesamt, dass der Reallohnverlust der vorhergehenden Jahre und der letzten Jahre nicht ausgeglichen wurde. Wir wissen, dass Leistungen abgebaut wurden und dass Betten abgebaut wurden, dass Geburtenstationen geschlossen wurden, trotzdem kostet die Sanität mehr. So arbeitet man. Wir wissen, dass in manchen Bereichen Geld verschleudert wird. Wenn wir uns den großen Krankenhausneubau anschauen, dann sehen wir, dass wir innerhalb von zehn Jahren eine Kostensteigerung von 200 Millionen Euro hatten, weil man verschiedene Dinge ursprünglich nicht bedacht hatte.

Erst letzthin mussten wir feststellen, - und das sind keine "peanuts", sondern das ist viel Geld - dass, bei der Vinschger Bahn bei der Elektrifizierung nicht mehr wie ursprünglich 46 Millionen Euro sondern mittlerweile 72 Millionen Euro ausgegeben werden. Innerhalb von drei Jahren ist man draufgekommen, dass man nicht kupferne sondern offensichtlich goldene Leitungen für die Elektrifizierung legen muss. Was ist denn nun in der Haushaltsplanung, in der Administration besser geworden? Was ist anders geworden? Der

Landtag wird geringer geschätzt denn je. Die Ausgaben steigen dort, wo man Leistungen kürzt. Man ist nicht imstande, auch bei einfachen Vorhaben nicht. Ich denke es ist nicht die größte und gewaltigste Aufgabe im Land, eine Elektroleitung durch den Vinschgau zu legen, damit der Zug nicht mehr Diesel fährt, sondern elektrischen Strom für die Fortbewegung braucht. Dass man nicht einmal bei den einfachsten Leistungen imstande ist, die Kosten halbwegs im Rahmen zu halten. Von 46 Millionen Euro auf 72 Millionen Euro in drei Jahren, das ist keine gute Verwaltung. Das ist kein guter Umgang mit öffentlichen Geldern. Ich weiß nicht, Kollege Noggler, welche Leitungen man im Vinschgau verlegt, vergoldete? Aber dass eine solche Leitung mehr kostet als alle drei kleinen peripheren Krankenhäuser zusammen in einem Jahr kosten, das ist schon erstaunlich. Ich habe mir sagen lassen, dass da eine Menge Geld für Beraterverträge draufgegangen ist. Was bei einer solchen Elektroleitung zu beraten ist, weiß ich nicht, aber so viel besser ist die ganze Sache nicht geworden, wenn wir einzelne Bereiche herauspicken.

Der Landeshauptmann erwähnt die Steuersenkung beim IRPEF-Zuschlag, die es zugegebenermaßen gibt, aber es gibt sie nicht in der Form der Steuerbefreiung, Steuerstreichung. Der Landshauptmann hat in seinem Bericht eine ganze Reihe von Punkten angesprochen, die man in Zusammenhang auch mit Verhandlungen mit Rom eingeholt hat. Das eine und andere muss man auch anerkennen und zugestehen. Man kann nicht sagen, da wurde nichts getan. Da gab es schon immer wieder Punkte, die man versucht hat, zu holen. Es gibt immer noch die große Diskrepanz. Was ist mit dem Finanzabkommen, war das nun so gut? Wäre es besser gewesen, keines zu haben oder ein anderes zu haben oder wäre es schlechter gewesen? Wo wären wir jetzt ohne dieses berühmte Finanzabkommen? Nun, was man nicht geschafft hat, ist z.B. beim Übergang der Staatsimmobilien, sich nicht über den Tisch ziehen zu lassen. Da lassen wir uns immer noch vom Staat über den Tisch ziehen. Wir bauen dem Staat für Hunderte von Millionen Euro Wohnungen und übereignen sie ins Eigentum des Staates, anstatt dass wir diese Wohnungen so lange dem Staat überlassen würden, wie lange er sie nutzt, und zwar ordentlich nutzt und nicht als Ferienwohnungen für Offiziere wie das bisweilen in Südtirol passiert und das gar nicht selten. Da hat man etwas nicht getan, nämlich man hat die Interessen Südtirols nicht gewahrt. Man könnte sagen, wir haben den Grund nicht bekommen. Aber warum läuft es in Aosta und bei uns nicht?

Es gibt auch andere Bereiche, wo wir mit anschauen müssen, wie wir doch nicht so unsere Interessen wahren, z.B. beim Grenzgemeindenfonds. Dieser Grenzgemeindenfonds ist immer noch ein verschenktes Geld. Man hat versucht, im Gegensatz wie es mit dem Mailänder Abkommen geregelt war, eine Regelung zu treffen, dass dieses Geld nicht nur den Gemeinden außerhalb zugute kommt, sondern grenzüberschreitenden Projekten. Letzthin gab es ein Abkommen bzw. eine Neufestsetzung, wobei es sich mir immer noch nicht erschlossen hat, - das kann ja daran liegen, dass ich es nicht verstehe - in welchem Maße Südtirol von den anderen geschenkten Geldern profitiert. Ihr verpflichtet uns, in irgendeiner Form an irgendeiner Verschuldung oder für irgendeine andere Gemeinde in Italien Geld auszugeben. Das ist eine Grundsatzfrage. Da hat es einen mega Paradigmenwechsel gegeben mit dem Wechsel der Administration, denn früher war man der Meinung in Südtirol, - das sollte man auch heute noch sein - dass wir dem Staat gar nichts schulden. Wir wurden nie gefragt, ob wir in irgendeiner Form dem Staat angehören möchten oder nicht. Mit dieser Administration unter dem SVP-Parteiboss Philipp Achammer und Landeshauptmann Arno Kompatscher hat ein Paradigmenwechsel stattgefunden. Man geht in Verhandlungen in der Meinung, dass wir uns sehr wohl an der Verschuldung des Staates beteiligen müssen. Ich verstehe nicht warum! Warum müssen wir uns an irgendeiner Verschuldung dieses maroden Staates beteiligen? Wenn wir uns da sperren würden, - wir haben gesehen, was passiert - Monti, Verfassungsgericht, da wurde nicht in unserem Sinne entschieden. Theoretisch 90% Anteil für Südtirol, beim Steueraufkommen sind wir mittlerweile bei 83% angelangt, Tendenz sinkend, das ist nicht die Autonomieausstattung, die wir verdienen würden und die uns zustehen würde. Dem Staat steht von uns gar nichts zu, der hat schon genug bekommen. Man könnte aufrechnen, was der Staat von Südtirol bekommen hat, gestohlen hat und heute noch nicht zurückgegeben hat. Ich denke, dass in diesem Bereich noch viele offene Baustellen sind. Wenn wir im Land schauen, ob es wirklich allen so viel besser geht? Na ja, man hat etwas Glück, ungefähr so wie in Deutschland, wo Kanzlerin Merkel das Glück hatte, dass die Maßnahmen des Kanzler Schröder in ihrer Amtszeit gegriffen haben und plötzlich tatsächlich Arbeitsplätze geschaffen wurden, aber nicht weil Merkel das geändert hat. Ungefähr so war es auch z.B. mit der IRAP-Senkung. Die signifikanten IRAP-Senkungen gab es ja vorher zur Entlastung der Wirtschaft. Ich sage nicht, dass es keine Senkungen in dieser Legislaturperiode gegeben hat, sondern die signifikanten IRAP-Senkungen hat es vorher gegeben. Die haben irgendwann gegriffen und die Krise wurde überwunden.

Jetzt beginnt die Wirtschaft etwas anzuziehen und wieder Geld zu verdienen. Das stimmt. Das ist klar. Ich will nicht verhehlen, dass es in dieser Legislatur durchwegs ein positives Gesetzeswerk gab, nämlich das Gesetz für die Vergabekriterien. Man muss zwar immer noch ein bisschen "herumdoktern", verständlicherweise. Es hat durchaus großen Konsens gefunden, es ist kein einfaches Gesetz, das verstehe ich. Da wurde schon sehr viel mit dem Staat herumgerungen, weil es EU-, Staats- und Landesnormen zu berücksichtigen gibt. Unterm Strich gibt es aber immer noch Diskrepanzen. Ich habe gesehen, dass im Begleitgesetz einige Punkte geändert werden müssen, allerdings kleinere Dinge. Was ich nicht verstehe, aber dazu kommen wir später, warum plötzlich die Stichprobenkontrolle - die mindestens 6% auf 20% der Vergabestellen -, das kann schon eine gewisse Logik haben. Es ist keine Kritik, sondern eine Frage. Mit diesem Vergabegesetz ist manches schon einfacher geworden. Mich würde interessieren, ob es eine Umkehr-Tendenz gibt hinsichtlich der Gelder, der öffentlichen Aufträge, die vergeben werden. Ich habe mir im letzten Jahr eine Statistik angesehen, die mir die Landesregierung zur Verfügung gestellt hat, was die Dienstleistungen angeht, was die Lieferungen angeht, in den verschiedenen Sektoren, wie viel Geld in den verschiedenen Bereichen nach außen geht. Es gibt gewaltige Unterschiede natürlich, auch deshalb zugegebenermaßen weil wir nicht immer und überall alles hier im Land bestellen können. Es gibt Dinge, die nicht in Südtirol hergestellt werden, z.B. im Sanitätsbereich, Dinge, die wir nicht hier bestellen können, die wir tatsächlich nach außen vergeben müssen. Es ist nicht so, dass es nicht auch logische Gründe gibt, wenn wir öffentliche Aufträge vergeben, dass ein bestimmter Teil der Gelder nicht im Land bleibt sondern nach außen geht. Die logischen Gründe liegen darin, dass es entweder Dienstleistungen oder Produkte gibt, die wir gar nicht in Südtirol in Anspruch nehmen können bzw. bestellen können. Aber es gibt immer noch eine große Diskrepanz, es gehen viele Millionen Euro für öffentliche Aufträge im Dienstleistungssektor und auch Lieferaufträge nach außen. Ob es eine Umkehr-Tendenz gibt aufgrund des Vergabegesetzes, weiß ich nicht.

Wir haben in diesem Haushalt, auch bei den Tagesordnungen, einige Punkte zur Sozialpolitik. Wir haben in dieser Legislaturperiode in der Familienpolitik keine großen Umwälzungen gehabt. Man hätte die Chance gehabt, tatsächlich eine Wahlfreiheit herzustellen. Wahlfreiheit dahingehend, ich bleibe bei dieser Kritik, dass das Finanzielle also das Förderungsübergewicht immer noch bei der Fremdbetreuung liegt und nicht bei der Betreuung der Kinder Zuhause. Ein Kind, das in einer Kita betreut wird, kostet der öffentlichen Hand zwischen Land und Gemeinde im Durchschnitt - das sind Zahlen, die die Landesregierung zur Verfügung gestellt hat -, um die 1.600 Euro. Das ist ordentlich. Wenn wir alles mit einrechnen, nicht nur den Kita-Platz, sondern auch die Familienleistungen, die ohnehin zustehen mit oder ohne Kita-Platz. Wenn wir das allein bei den Familien betrachten, die ihre Kinder Zuhause betreuen, dann gibt es dort Durchschnittswerte, die die Landesregierung berechnet hat, von 280 Euro pro Kind. Das ist beachtlich. Diese Diskrepanz, dass eine Familie für ein Kind, das in einer Kita betreut wird, inklusive Betreuungskosten, die öffentlich getragen werden, plus Familienleistungen, 1.600 Euro bekommtwir können uns gerne zusammensetzen und das noch einmal durchrechnen, ich zeichne es Ihnen auch auf, Frau Landesrätin, anhand von Bildchen, wenn Sie es sonst nicht glauben oder anhand von Piktogrammen. Wir können auch den alten Rechenschieber nehmen. Also "1 plus 1 ist 2, wenn wir uns darauf geeinigt haben, dann können wir alles andere davon ableiten", so wie es Giorgio Ovel geschrieben hat. Aber wenn die Landesregierung der Meinung ist, entgegen dessen was Giorgio Ovel geschrieben hat, dass 1 plus 1 nicht 2 ist, dann haben wir natürlich Kommunikationsprobleme. Noch einmal, ein Kind in einer Kinderbetreuungseinrichtung kostet der öffentlichen Hand, dem Steuerzahler zwischen Betreuungskosten, Land und Gemeinden, und familienpolitischen Leistungen, die alle kriegen, 1.600 Euro im Durchschnitt im Monat. Das andere Kind, das Zuhause betreut wird, bekommt von der öffentlichen Hand 280 Euro. Warum? Das verstehe ich nicht! Ich verstehe diese Ungerechtigkeit nicht. Auf der einen Seite wird die öffentliche Hand entlastet und auf der anderen Seite werden Betreuungsstrukturen in Anspruch genommen. Zudem und das ist für mich phantastisch, Kollegin Artioli, als wir draufgekommen sind, dass in den Betreuungseinrichtungen, die eigentlich für Kinder berufstätiger Eltern zur Verfügung stehen müssten, - Vereinbarkeit von Familie und Beruf ist das Schlagwort - dass 20 bis 30% Kinder von nicht berufstätigen Eltern sind, wenn nicht sogar mehr, es gibt Unterschiede zwischen Kitas und Kinderhorten, usw. Sorgt einmal dafür, dass nur Kinder von berufstätigen Eltern in Betreuungsstrukturen betreut werden oder von jenen, die eine Arbeit suchen! Ich bin zwar arbeitslos, habe keinen Beruf, bin aber auf Suche. Das kann auch eine Begründung sein, aber nicht von Eltern, die die Kinder einfach abgeben. Das geht in dieser Form nicht, dafür sollten wir das Geld nicht ausgeben.

Dass zuletzt in diesem Bereich in der Region auch die Rentenbeitragszahlung etwas nach oben korrigiert wurde, ist richtig. Dass man endlich auch, wann immer das dann auch wirklich angewandt wird, dazu

übergehen kann, direkt zu bezahlen, damit die Familien das nicht mehr bevorschussen müssen. Das ist das große Problem seit Jahren. Verständlicherweise schwer lösbar solange der Staat dazwischen funkt. Wenn wir dazu übergehen, diese Leistung direkt zu zahlen, ist positiv. Es gibt da immer noch eine Diskrepanz. Das sage ich hier, nicht weil es direkt das Land betrifft, sondern es betrifft das Land nur mittelbar über die Region, über die Regionalgesetze, aber das Land ist stark daran beteiligt. Es ist nicht in Ordnung, dass diese Diskrepanz immer noch bei den Selbständigen viel, viel weniger Rentenbeitrag vorsieht als bei den Angestellten. Das ist nicht in Ordnung und das ist eine Diskriminierung. Wir haben überhaupt im Land nicht eine gerechte Teilung, Kollege Theiner, wenn wir die Lasten und die Beiträge betrachten. Es gibt Kategorien, ich rede jetzt vom ländlichen Traum, die etwas besser dran sind, sei es beim Steuer zahlen bzw. nicht zahlen und jene die etwas besser dran sind auch beim Beiträge kassieren. Dass es gerade dieselbe Kategorie ist, die weniger Steuern zahlt und mehr Beiträge bekommt, ist etwas ungerecht, denke ich. Wenn ich das vorsichtig formulieren darf, ganz gerecht ist das nicht, Kollege Theiner. Wenn alle Wirtschaftszweige außer der Landwirtschaft, ich glaube, 6 zustehende Landesförderungen haben und die andere Kategorie, wo Kollege Schiefer sich jetzt bewirbt um die Gunst des Bauernbundes, 61 Förderungen hat, dann stimmt etwas nicht. Wobei die Wertschöpfung auf dieser Seite, wo die 61 Förderungen liegen nicht unbedingt dem entspricht was andere haben, wo die 6 Förderungen liegen. Wenn das die Vorstellung von Gerechtigkeit ist, dann sind wir wieder bei der Frage, Kollegin Deeg, ob eins und eins zwei sind oder nicht. Die Landesregierung sieht das anders. Durchaus berechtigt, man kann es anders sehen. Es steht nicht in der Verfassung, dass man eins und eins als zwei betrachten muss. Es gibt ja den Artikel, dass man seine Meinung in Rede und Schrift frei äußern darf. Aber meiner Meinung nach ist, wenn eine Kategorie 61 Förderungen bekommt und dabei noch steuerbegünstigt ist, es nicht gerecht sein kann gegenüber den anderen, die die Hauptsteuerlast tragen. Kollegin Hochgruber Kuenzer, Sie werden mir wieder sagen, das ist mobbing gegen die Landwirtschaft. Das ist es nicht! Es ist einfach eine Frage der Gerechtigkeit. Dass die Landwirtschaft ihre Wichtigkeit in diesem Land hat, ist ganz klar. Wir sehen das aber allein schon daran, wie die Landesregierung mit Pauken und Trompeten losmarschiert, wenn irgendwo ein Plakat aufgehängt wird, ob uns das besonders gefällt oder nicht, mir hat dieses komische Plakat mit dem Spritzpanzen auch nicht sonderlich gefallen, das in München aufgehängt worden ist. Aber dass man schon fast ausrastet und mit geballter Kanonerie des Landes auf Spatzen schießt, ...größere Werbeleistung hat es noch nie gegeben. Wenn die Werbeagentur das beziffern würde, wäre es ein viele Hunderttausend Euro Werbegeck gewesen. Während man in anderen Bereichen sehr zurückhaltend ist, ist man, als man das Plakat gesehen hat, plötzlich losmarschiert und hat gemeint, was auch immer, da ist der Tourismus in Südtirol in Gefahr. Erstaunlicherweise hat man das gerade zu dem Zeitpunkt gesagt, als man die neuesten Rekordzahlen präsentiert hat. Aber natürlich kann es sein, dass nächstens Jahr durch das Plakat zwei Gäste weniger nach Südtirol kommen. Das ist schon möglich! Da muss man also vorbauen und muss ein paar hunderttausend Euro in eine Klage stecken gegen ein Plakat, weil zwei Gäste weniger kommen könnten. Das ist im Übrigen noch nie passiert ist in den letzten Jahren, trotz fehlendem Flugplatz, man ist immer über 6 Millionen Gäste und 30 Millionen Nächtigungen geblieben. Wenn dann durch das Plakat zwei weniger kommen sollten, dann kommen sicher einige andere mehr, die das Plakat nicht gesehen haben. Dann kommen halt zwei Mailänder mehr und zwei Münchner weniger. Das werden wir verkraften, auch Angesichts der Tatsache, dass wir ohnehin schon am oberen Anschlag im Tourismussektor in manchen Gebieten in Südtirol sind. Es ist ein wichtiger Sektor, aber viel mehr geht nicht. Ich bin deshalb auch der Meinung und muss feststellen, trotz des eindeutigen Votums gegen den Flugplatz, dass diese Thematik immer noch nicht gelöst ist. Auch am Ende der Legislaturperiode, was in einem Jahr sein wird, reden wir noch immer über den Flugplatz, ob er nicht doch ausgebaut werden soll. Es ist schade, dass das Votum der Bürger im Prinzip so wenig wert ist und dass nicht einmal 70% der Bürger einem Projekt die Tür zuknallen können, nicht nur zumachen. 70% Neinstimmen zum Projekt Flugplatz! Das ist ein Tür-Zuknallen! Dass man dieses Projekt dann immer noch in der Schwebe hält, ist schon eine ordentliche Missachtung des Wählerwillens. Ob das der Wähler auch so sieht, wird sich dann zeigen. Für mich ist das eine Missachtung des Wählerwillens.

Was hat sich sonst so in den letzten Jahren getan? Zum Beispiel gibt es die Debatte über den Impfwang, wo wir sklavisch alles umsetzen was der Staat von uns verlangt. Wenn wir uns zurück erinnern, vor nicht all zu langer Zeit, haben wir über die Gehälter der Landesregierung diskutiert. Gerade als man über die Gehälter diskutieren wollte, zauberte man ein Gutachten heraus. Zeller, der Autonomiewächter, der Verfassungsrichter werden will. Er hat übrigens mit einer Klage gedroht, wenn wir das noch einmal wiederholen. Deswegen sage ich es natürlich nicht, dass er Verfassungsrichter werden will. Ich weiß nicht, warum er mit

einer Klage droht. Man sagt ja nicht, dass er Mafiaboss werden will. Also wenn ich sagen würde, der Zeller will Mafiaboss werden, dann könnte er mich verklagen. Wenn ich aber sagen würde, dass er Verfassungsrichter werden will, Ich behaupte das natürlich nicht, weil er ja klagen will. Ich denke aber, dass es schon peinlich ist, wenn wir die Autonomie dann retten mit einem Gutachten von höchster Ebene, wenn es um die Gehälter der Politiker geht, in diesem Fall der Landesregierung. Wenn wir dann gleichzeitig in einer ganz anderen wesentlich wichtigeren Frage, wie diesem Zwang (dem staatlichen medizinischen Zwang, einen medizinischen Eingriff an unsere Kinder vorzunehmen), still sind und sagen wir haben keine Autonomie. Plötzlich haben wir keine Autonomie. Wenn es ums Geld geht, dann haben wir eine. Wenn es um die Rechte der Eltern und der Kinder geht, wenn es um die Gesundheit geht, dann haben wir plötzlich keine Autonomie. Ich möchte da schon einiges klarstellen. Hätten wir nicht eine monatelange Kampagne, dann wäre es ähnlich wie im Belluno oder Trentino, dass man Kinder bereits aus dem Kindergarten ausgeschlossen hätte, nur weil irgendeine Dokumentation nicht abgegeben wird. Würden wir das nicht fortführen, dann würden sie im Jänner nicht zugelassen. Wird der Druck nicht noch erhöht, dann riskiert man den Automatismus, dass es im kommenden Herbst, ein Monat vor der Landtagswahl, Tausende Kinder aus den Kindergärten heraus schleudern wird mit Zustimmung der Landesregierung. Da geht es nicht um 300 oder 500, es wird 3.000 oder 4.000 Kinder geben, die nicht alle 9-10 Pflichtimpfungen absolviert haben. Das können Sie sich sicher sein! Nicht alle Impfungen, es braucht nur eine zu sein, die man nicht gemacht hat! Umsetzen muss das die Landesregierung und nicht die Lorenzin oder sonst jemand! Dass man in diesem Bereich so zynisch wie der Landeshauptmann ist, und sagt, besser wir schließen jetzt ein paar Kinder aus, damit wir es nicht vor den Landtagswahlen tun müssen. Ich weiß nicht, ob Sie je das Bildungsgesetz von 2008 angeschaut haben. Da steht erstens drin, dass der Kindergarten zur Unterstufe des Bildungssystems des Landes zählt. Zweitens hat jedes Kind das bedingungslose Recht auf Besuch des Kindergartens. Gilt das oder gilt das nicht? Das frage ich mich. Gilt das für Südtirol oder kann uns plötzlich der Staat sogar im Kindergartenbereich etwas vorschreiben? Gilt die Autonomie nur dann, wenn es um die Gehälter der Landesregierung geht? Das möchte ich schon wissen! Wir haben ein Mega-Gutachten gehabt, das von Zeller in Auftrag gegeben wurde, wo uns sehr wohl autonome Befugnisse zugeschrieben wurden, wo wir keine haben und auf der anderen Seite sagt man, wir haben keine Autonomie. Die Lorenzin "wachtelt mit der Impfspritze und wir müssen den Hintern herhalten", um es mal so zu sagen. Das ist eure Politik. Wir sind wieder bei 1 plus 1, ob das 2 ist. Keine Ahnung! Meiner Meinung nach schon, eurer Meinung nach nicht! Viele in diesem Land halten nicht den Hintern hin, weil die Lorenzin mit der Impfspritze kommt und der Schael daneben steht. Die sagen, nein, wir halten euch ein Stopp-Schild hin! Gerade die autonomiearme Region Veneto muss klagen und geht unter, weil sie keine Autonomie hat. Das Land Südtirol, das sonst so schneidig auftritt, wenn es um Gelder und Autonomie geht, gibt hier in diesem Bereich ganz klein bei. Weil man vielleicht ein Wahlgesetz oder sonst was will, oder weil man es sich mit dem PD nicht vertun will? Die Logik ist hier nicht gegeben! Angst kann es nicht sein! Seid ihr so mutlos, dass ihr nicht imstande seid, gegen Staatsgesetze vorzugehen, wenn sie nicht in Ordnung sind? Der Staat hat uns hier nicht dreinzureden! Sehr viele Menschen draußen verstehen euch da auch nicht, dass ihr in diesem Bereich, ganz einfach gesagt, die Hosen herunter gelassen habt und euch nicht gegen diesen Impfwang wehrt. Bei den sechs Veranstaltungen des Sanitätsbetriebes, wo insgesamt 100 Leute waren, von denen 20 oder 30 vom Sanitätsbetrieb selbst, hat Frau Dr. Reiterer vom Bundesministerium, Impfbefürworterin aus Deutschland, (die auf Einladung des Sanitätsbetriebes hier war) auf Nachfrage warum es in Deutschland keine Impfpflicht gibt, gesagt: Es gibt keine Impfpflicht wegen unserer Geschichte, weil wir in keinem Fall mehr in irgendeiner Form ein Gesetz machen können, in dem ein medizinischer Zwang verordnet wird. Und es gibt keine Impfpflicht wegen der Verfassung, die Würde des Menschen ist unantastbar. Und es gibt keine Impfpflicht, weil wir mit Aufklärung weiter machen wollen. Interessant! Offensichtlich gelten hier andere Maßstäbe. Offensichtlich ist auch die Landesregierung der Meinung, nachdem sie den Impfwang verteidigt, dass es sehr wohl entgegen der Geschichte, bei der wir auch ein bisschen beteiligt waren, dass wir entgegen dieser Gewissensentscheidung, keinen medizinischen Zwang mehr ausüben zu wollen, dass wir sehr wohl für einen medizinischen Zwang sind. Zumindest ist die Landesregierung dafür, nämlich den Zwang eines medizinischen Eingriffs am gesunden Körper unserer Kinder. Warum versuchen wir es nicht mit Aufklärung? Was auch funktionieren könnte, wenn man der Meinung ist, dass man aufklären will oder muss. Ich halte es für falsch, dass man in diesem Bereich sämtliche Bemühungen um Wahrnehmung autonomer Zuständigkeit seitens der Landesregierung auslässt. Wir werden den Landtag mit einem Volksbegehren zwingen. Da kommen schon ein paar Leute zusammen, die das möchten. Ich habe auch gesehen, da kommen sehr viele Menschen zum Unterschreiben, die das Parteibüchlein der SVP

haben, die sagen, dass sie damit auch nicht einverstanden sind und gar nicht verstehen, was da los ist. Ich war am Sonntag in Salurn bei der Noldin-Feier, wo wir anschließend Unterschriften gesammelt haben und da kamen schon auch einige SVPLer daher, die gesagt haben, dass es eigenartig ist und dass sie es nicht verstehen, wenn die Südtiroler Volkspartei dem Staat gegenüber die Hosen herunter lässt in der Frage des Impfwanges. Es wurde nicht in diesem Wortlaut gesagt, aber ich übersetze es so. Das müsst ihr aber mit euren Leuten ausmachen. Ich denke jedenfalls, dass wir alles versuchen müssen und mit allen Mitteln, die wir haben, diesen Zwang zu bekämpfen. Wenn wir diesen Zwang heute zulassen, was kommt dann morgen? Ich muss keine "diätrologia" betreiben! Es ist ganz einfach! Wenn ein Staat mit Zwangsmaßnahmen operiert, ... meine Generation und die Generation vorher, des Kollegen Heiss, wir sind im Bemühen um den Kampf für die individuelle Freiheit aufgewachsen. Es kann nicht sein, dass gerade im medizinischen Bereich ein kollektives Interesse dem individuellen Interesse vorangestellt wird. Das ist kein Prinzip einer Demokratie, dass das Kollektiv immer Vorrang vor dem Individuum hat. Nein, das Gegenteil ist der Fall! Das Kollektiv kann nur dann Vorrang haben, wenn es wirklich eine unmittelbare Bedrohung im Katastrophenfall gibt. Das Kollektiv kann sagen, wenn du ein Verbrechen begehst, einen kriminellen Akt, dann werden wir dich ins Gefängnis stecken. Es kann nicht sein, dass aufgrund eines gar nicht existenten kollektiven Interesses im Gesundheitsschutz plötzlich der Staat einen Zwang ausübt, indem Menschen am gesunden Körper ihrer Kinder medizinische Eingriffe vornehmen lassen. Wenn nicht mehr gilt, dass der Freiheitsgedanke Vorrang hat, was kommt dann morgen, was ist das nächste? Der Staat geht so lange vorwärts wie lange der Bürger zurückweicht! Wenn dann der Bürger einmal im großen Stil Widerstand leistet, dann wird auch der Staat das Stopp-Schild verstehen. Wenn der Bürger den Widerstand nicht leistet, und es wird in Italien nicht viele Widerstandsnester in dieser Frage geben, dann wird es problematisch. Wie ist das in Österreich? Dort gibt es das auch nicht, dass im medizinischen Bereich ein Zwang ausgeübt wird. Dort gibt es Aufklärung. Die Impf-rate schießt dort durch die Decke. Ich will auch gar nicht auf den Inhalt eingehen. Es geht einfach darum, dass es viele Menschen gibt - ich glaube auch Hans Heiss und Brigitte Foppa und andere, die an den Ständen beglaubigen, dankenswerterweise mit dabei sind -, die die Initiative unterstützen. Es gibt auch viele Menschen, denen es nicht um das inhaltliche Thema geht, um das Impfen. Viele, sagen ich habe kein Problem damit, ich bin nicht davon betroffen, ich habe keine kleinen Kinder mehr. Sie sagen aber eines ganz klar: diesen Zwang wollen wir nicht! Ich habe nie erlebt und ich habe einige Unterschriftensammlungen miterlebt, dass man an einem Stand imstande ist, Menschen, die mit einer völlig anderen Meinung daher kommen, davon zu überzeugen, dass sie dann letztlich doch unterschreiben. Ehrlich gesagt, das habe ich noch nie erlebt. Es kommen Menschen zum Unterschriftenstand her und sagen, sie unterschreiben nicht, weil sie davon nicht betroffen sind und für das Impfen sind. Dann kommt man ins Gespräch und sagt, dass es nicht um das Impfen selbst geht, sondern um den Zwang zum Impfen. Tatsächlich gelingt es dann, Menschen zu überzeugen, dass sie unterschreiben. Das ist interessant, dass man während des Gespräches zur Materie eine ganz andere Haltung bekommt. Kollege Achammer und Landeshauptmann Kompatscher, Sie werden also, so wie Sie angekündigt haben, im September 2018 4.000 bis 5.000 Kinder aus den Kindergärten raus-schmeißen. Die Verantwortung tragen Sie, nicht irgendeine Gesundheitsministerin. In Südtirol kann man die Verantwortung nicht auf Rom schieben wenn es um den Bildungsbereich geht. Wir haben ein Bildungsge-setz, das die autonomen Befugnisse in Anspruch nimmt und da steht eindeutig, dass Kinder das Recht auf Kindergarten haben. Das ist unmissverständlich und bedingungslos und kann durch kein anderes Gesetz ausgehebelt werden! Das denke ich.

Was bleibt am Ende von den großen Ankündigungen der Landesregierung übrig? Ich kann mich erinnern, ihr habt zwei, drei Monate nach Amtsantritt im Jahr 2014 eine Ampel aufgestellt, was alles erledigt ist. Seitdem gab es keine Ampeln mehr, also war damals schon alles erledigt was ihr angekündigt habt? Das lässt zwei Vermutungen zu. Entweder die Ankündigungen waren nicht sehr großartig, dass alles so schnell erledigt war oder ihr wart tatsächlich so wunderbar, dass ihr all die vielen Ankündigungen bereits in wenigen Monaten umgesetzt habt. Es ist so, dass wir beim letzten ordentlichen Haushalt immer noch keinen ordentlichen Kassensturz hatten, dass wir immer noch auf der alten Art und Weise weiterfahren. Es werden große Ansprüche in den verschiedenen Ressorts angemeldet, die werden nach Gutdünken erfüllt. Es lässt nicht auf eine akkurate Haushaltspolitik schließen und auf einen akkuraten Umgang mit Steuergeldern, wenn wir anschauen müssen, wie die Kosten der Projekte durch die Decke schießen. Krankenhausbau in Bozen, Elektrifizierung der Vinschger Bahn, das sind alles keine "peanuts", das sind viele, viele Millionen Euro, die dort ausgegeben werden. Wenn wir anschauen müssen, dass die Sanität mehr kostet bei weniger Leistungen. Wenn wir anschauen müssen, dass die großen Ankündigungen in dieser Legislaturperiode eigentlich

dann letztlich doch klein waren. Wenn wir in der Mobilität anschauen müssen, dass bis auf die Volksabstimmung zum Flughafen nicht viel Großartiges passiert ist. Ihr habt gejammert wegen der Erreichbarkeit, viel Großartiges haben wir da nicht gesehen, dass da passiert wäre. Wenn wir anschauen müssen, dass die Menschen immer noch die Probleme haben mit den großen Wartezeiten,eines verstehe ich nicht, warum schmeißt ihr den Schael nicht raus? Um Gottes Willen, der wäre in jedem anderen Betrieb schon lange an die Luft gesetzt worden! Also warum schmeißt ihr den nicht raus? Ich verstehe schon, man hat ihn groß angekündigt, er war ja "deus ex machina", er nennt sich selbst der regionale Krisenmanager, was ja nicht falsch ist, denn wenn er irgendwo war, dann war danach tatsächlich eine Krise im System. So ganz falsch ist diese Aussage nicht. Warum schmeißt ihr den nicht raus? Verträge, ja, aber das kostet insgesamt der Volkswirtschaft mehr, wenn solche Leute bleiben, als es bringt. Ich verstehe das wirklich nicht!

Nur am Rande, im Trentino ist man dabei, Geburtenstationen, die man fälschlicherweise geschlossen hat, wieder zu öffnen. Ich glaube, auch ihr werdet es einsehen müssen, dass das alles doch recht eigenartig gelaufen ist. Ich hoffe die Menschen erinnern sich in der Wahlkabine dann noch an den Groll, den sie hatten, als ihr die Geburtenstationen geschlossen habt. Warum, das versteht man heute noch nicht! Jedenfalls, glaube ich, am Ende der Legislaturperiode sagen zu können, dass getreu der Aussage von Giorgio Ove tatsächlich 1 plus 1 2 sein sollte! Diese Landesregierung hat sich aber zu dieser Erkenntnis noch nicht durchgerungen! Sie will uns immer noch weiß machen, dass 1 plus 1 3 oder 4 oder 1,5 ist. Man kann aber eine Rechnung im Haushalt nicht dahingehend machen, dass bestimmte Dinge immer teurer werden, obwohl die Leistungen immer schlechter werden, öffentlicher Dienst, Sanität, usw. Das glaube ich, sollte man uns nicht mehr so verkaufen! Ich weiß nicht, was der Nachtragshaushalt mit sich bringt, vielleicht ein paar Zuckerlen, kann sein. Jedenfalls glaube ich, dass man den Kassensturz versäumt hat, den hätte man tatsächlich machen sollen. Im Übrigen halte ich diese Landesregierung, auch wenn es ihr egal ist was wir sagen, in der Umsetzung politischer Ziele oder auch speziell im Planen politischer Vorhaben für mutlos. Ihr seid Verwalter, das muss nicht immer vorteilhaft sein. Ihr habt vor allem darauf geachtet, dass keine bzw. kaum Späne fallen. Deshalb habt ihr in dieser Legislaturperiode zu wenig gehobelt.

ZIMMERHOFER (SÜD-TIROLER FREIHEIT): Herr Präsident, werte Kollegen und Kolleginnen! Die Haushaltsdebatte bietet immer wieder Gelegenheit, hier ein bisschen Bilanz zu ziehen über die Arbeit der Landesregierung, Rückschau zu halten und auch etwas in die Zukunft zu schauen. Der Landeshauptmann hat im letzten Haushalt 2017 das Wort Sicherheit sehr oft verwendet. Diesmal kommt sehr oft das Wort Selbstbestimmung vor. Ich würde sagen, Selbstbestimmung sollte man schon denen überlassen, die davon etwas verstehen. Was Sie betreiben, das ist eine reine Italiengefällige Politik und nichts anderes. Das muss man einfach festhalten. Dieser Haushalt ist ganz eindeutig ein Wahlkampfhaushalt 2018. Bereits mit dem sogenannten Renzi-Kompatscher-Finanzabkommen hat man genau auf dieses Ziel, auf das entscheidende Wahljahr 2018, hingearbeitet. Also bis 2018 zahlen wir "nur" knapp 480 Mio. Euro an den Staat, während ab 2018 die 800 Mio. fällig sind. Also nach der Wahl 2018 kommt dann das große Erwachen. Innerhalb 2020 wird der Haushalt um ca. 400 Mio. schrumpfen. Dabei tragen wir mit unserem Beitrag weder zum Abbau der Staatsschulden bei, wie es der Landeshauptmann gerne verlautbaren lässt, noch decken wir die Zinsen, die der Staat jährlich zu zahlen hat. Italien ist in der EU nach Griechenland der zweit meist und weltweit der fünft meist verschuldete Staat. Die EU hat dieses Jahr ein Mahnschreiben zur Sanierung des Staatshaushaltes an Rom geschickt. Zusammengefasst kann man sagen: Wir stellen fest, dass im Haushalt 2018 die laufenden Kosten im Steigen begriffen sind und der Spielraum für Organisationen wird immer geringer. Sie sprechen von der geringsten Steuerbelastung im Vergleich zum restlichen Staatsgebiet. Das wird schon so sein. Aber es ist insofern weniger erfreulich, da wir europaweit mitunter eine der höchsten Steuerbelastungen zu verzeichnen haben. Auch was die Bürokratiebelastung anbelangt, z.B. Arbeitsschutz, Brandschutz, Lebensmittelhygiene, usw., sind wir im europäischen Spitzenfeld zu finden. Sie schmeißen dem Staat unser Steuergeld hinterher, so als ob wir einen Goldesel hätten. Jüngstes Beispiel: Sie haben vor kurzem das Grenzgemeindeabkommen mit den Anrainergemeinden Südtirols verlängert. Südtirol zahlt in den Fonds jährlich 40 Mio. Euro ein, um dort Projekte zu unterstützen, dabei wurde erst kürzlich die Provinz Belluno im "ranking" der lebenswertesten Regionen Italiens nach Südtirol und dem Trentino an dritter Stelle gereiht. Das bedeutet im Umkehrschluss, dass das reiche Südtirol dem etwas weniger reichen Belluno finanziell unter die Arme greift. Nicht nur das! Mit dem Geld möchte Cortina, das im Jahr 2021 die Winterolympiade ausrichtet, den Ausbau der Alemagna-Autobahn mitfinanzieren, die folglich den Schwerverkehr durch das Pustertal anziehen wird und somit wahrscheinlich unsere eh schon verstopften Straßen noch mehr belastet wird. Sie haben

zu Beginn Ihrer Haushaltsrede gesagt, die Bürger mögen das politische Hickhack nicht. Es genügt ein Blick nach Deutschland, meinten Sie. Warum glauben Sie, sind sehr stabile Länder wie Schweden oder Deutschland inzwischen politisch unstabil geworden sind? Also wenn in Deutschland sämtliche Volksparteien die 50% der Bevölkerung kaum mehr erreichen, obwohl Deutschland und speziell Bayern von einem Rekord zum nächsten taumelt was die Wirtschaft anlangt, die Arbeitslosigkeit so niedrig wie lange nicht mehr ist, hängt das mit der Migration und mit der Sicherheit zusammen.

Zum Thema Migration. Das ganze Land wird mit Ausländern geflutet, sodass man bald fremd im eigenen Land ist. Dazu haben wir jüngst erschreckende Daten zur Anzahl der Ausländer in Kindergärten und Schulen in einer Pressekonferenz vorgestellt. Mit den verschiedenen staatlichen Programmen werden die Gemeinden regelrecht gezwungen Asylwerber aufzunehmen. Sollten sie das nicht tun, dann werden Landesbeiträge gestrichen und bekommen über Umwege doch noch Asylwerber aufgebremst, z.B. in der Gemeinde Kaltern. Dafür hat der Landeshauptmann gesorgt, indem er Gesetze umgeht, indem er kurzerhand Wohnungen umwidmet bzw. die Zweckbestimmung ändert. Die Gemeinde hat also das doppelte Nachsehen. Asylwerber müssen an den EU-Außengrenzen abgefangen werden, damit nur Asylberechtigte kommen können. Leute, die nur in unser Sozialsystem einwandern, dürfen wir nicht akzeptieren. Diesbezüglich muss das Sozialsystem dringend bearbeitet werden, um Missbrauch zu verhindern. Für die Integration sind drei Dinge absolut notwendig, dass sie eingehalten werden, und zwar die Sprache - auch deutsch, nicht wie jenes Institut, das mit Landeshilfe Italienischkurse für Migranten gratis anbietet und Deutschkurse bezahlen lässt -, die Arbeit und die Eingliederung ins Vereinsleben. Es ist unglaublich, wenn der Landeshauptmann die jetzige Migration mit unseren Landesleuten vergleicht, die in der Vergangenheit das Land verlassen mussten. Diese Leute mussten das Land verlassen, weil ihnen dieser Staat kaum eine Chance gelassen hat. Ich kenne viele Beispiele aus meinem Heimatort, die als Waldarbeiter in die Schweiz, nach Deutschland und anderswo ausgewandert sind. Sie waren und sind dort sehr angesehen, weil sie arbeitsam waren, keine Ansprüche stellten, und in keinsten Weise das dortige Sozialsystem ausnutzten.

Zum Thema Sicherheit. Die Sicherheit hat sich in den letzten Jahren sehr zum Schlechteren entwickelt. Messerstechereien, Raubüberfälle, Einbrüche, Schlägereien, usw. sind schon fast an der Tagesordnung, wie auch Übergriffe auf Buskontrolleure. Viele Vergehen werden gar nicht mehr gemeldet bzw. angezeigt, weil sich der Bürger von den Polizeikräften nicht ernst genommen und vertreten fühlt. Für eine eigene Landespolizei, wie wir sie gefordert haben, sind Sie eben so wenig zu begeistern wie für die Zuständigkeit für die Zuwanderung. Im Gefängnis in Bozen sitzen 80% Nicht-EU-Bürger, dafür wird ein sündteures Gefängnis gebaut. Kriminelle Ausländer und Asylwerber müssen sofort ausgewiesen werden, denn diese haben ihren Schutzstatus damit verwirkt. Sehr schlimm wirkt sich natürlich auch das sogenannte "svoutacarci"-Gesetz aus, das übrigens auch die SVP mitgetragen hat, was besagt, dass Bagatelldelikte nicht mehr geahndet werden und somit den Freibrief für Kriminelle bedeutet. Mit der Übernahme des Gerichtspersonals und den dazu gehörenden Immobilien haben wir zwar eine teure Hardware aber die Software ist immer noch die gleiche. Die zeitliche Abwicklung eines Gerichtsverfahrens in Italien und somit auch bei uns hat europaweit einen negativen Rekord zu verzeichnen. Der Bürger kommt sehr spät zu seinem Recht und hat somit mehr Zeitaufwand und mit mehr Kosten zu rechnen.

Für das Militär haben Sie auch stets ein offenes Ohr. Sie bauen Wohnungen für das Personal und deren Familien. Sie sanieren die Kasernen für die Rückkehr. Für unsere Medizinstudenten in Österreich, Deutschland, usw. haben Sie wenig bis gar nichts übrig. Im Gegenteil Sie werben lieber Personal in Italien an. Jeder kann sich dann ausrechnen, wie es mit dem Recht der Bürger auf Gebrauch der Muttersprache ausschaut.

Für Straßen oder Zugprojekte oder Liftverbindungen Richtung Süden sind Sie mit der Feder zur Vertragsunterzeichnung stets schnell bereit, z.B. Zugverbindung Toblach-Cortina, Liftverbindung ins Cadore, Projektstudie Stilfserjoch, usw. Wenn es aber Richtung Norden geht, dann passiert relativ wenig. Sie zahlen 20 Mio. jährlich für die RAI Südtirol, obwohl diese weiterhin bei Personalfragen und Neuanschaffung stets in Rom nachfragen muss. Wir fordern deshalb nächstes Jahr in einem Beschlussantrag die Abkoppelung des Senders von der römischen Mutter zu einem lokal Sender. Nationale oder internationale Nachrichten können wir sehr gut auf RAI Uno, RAI Due, usw. oder auf ORF und ZDF, die wir auch empfangen, schauen.

Zehn Millionen jährlich geben Sie für die Post aus, trotzdem arbeitet der Betrieb leider nicht zur Zufriedenheit der Bevölkerung, so zumindest lassen es die vielen Beschwerden erahnen. Viel vernünftiger wäre gewesen, mit dem Geld eine Konvention mit der österreichischen oder deutschen Post einzugehen.

Viele Touristiker und Betriebe bringen ihre Post oder Werbematerial direkt nach Innsbruck oder München und geben sie dort auf, weil es billiger und schneller ist und sicher ankommt, also drei Vorteile.

Im Gesundheitswesen steigen wiederum die Kosten um 20 Mio., obwohl hier eigentlich Dienste aufgegeben worden sind bzw. zusammen gelegt wurden, z.B. Geburtenstation Innichen und Sterzing. Heute höre ich im Radio, dass sich die Personalsituation im Gesundheitswesen sehr gefährlich verschlechtert hat.

Mit ihrem neuen Vergabegesetz möchten Sie die regionalen Kreisläufe stärken. Das ist auch dringend notwendig, denn mit der Ausschreibung der Behindertentransporte damals an die Firma Saturn haben Sie dieses Prinzip ad absurdum geführt. Jeder, der hier an einer Ausschreibung teilnimmt, hat die Auflagen zu den Sprachbestimmungen auf Punkt und Komma einzuhalten, ansonsten hat er hier nichts verloren.

Im nächsten Jahr soll das neue Urbanistikgesetz verabschiedet werden. 5,5% der Landesfläche sind bebaubar, ein gutes Drittel ist schon verbaut. Wir fordern in erster Linie den Stopp des Ausverkaufs der Heimat über den Zweitwohnungstourismus. Stopp der Zersiedelung der Landschaft. Wohnungsbau nach Bedarf der einheimischen Bevölkerung. Sehr sparsamer Umgang mit Grund und Boden und nicht zuletzt eine Entbürokratisierung und Vereinfachung der Verfahren.

Ich muss zwischendurch auch ein Lob aussprechen, wenn in Zukunft mehr für Forschung und Entwicklung ausgegeben werden soll. Unseren Betrieben muss vor Ort die Möglichkeit geschaffen werden, dass sie Forschung betreiben können, um den Standort Südtirol zu stärken.

Zum Thema Bär und Wolf. Ein Antrag Ihrer Fraktion konnte leider in der letzten Sitzung nicht mehr behandelt werden. Darin sollte das Land finanziell einspringen, um Sicherungsmaßnahmen auf den Almen durchzuführen. Ich bin selber ein "Hobby-Almner" mit einigen Jungtieren. Diese Tiere hätten wirklich keine Chance gegen den Wolf und schon gar nicht gegen den Bär. Hier regt sich keiner dieser sogenannten Tiereschützer auf, wenn diese Nutztiere zu Tode kommen. Die Alm müsste also aufgelassen werden. Wir haben inzwischen sehr viel Steuergeld verwendet für die Erschließung der Almen, die Renovierung der Gebäude, usw. Jetzt sollte das alles umsonst sein! Noch unsinniger ist es, wenn das Land, sprich der Steuerzahler, die Sicherungsmaßnahmen, wie Umzäunungen, jeder, der die Situation vor Ort kennt, weiß, dass solche Maßnahmen fast unmöglich umzusetzen sind. Bär und Wolf haben in unserem Land keine Zukunft, dafür ist das Land zu klein und zu erschlossen. Wir müssen uns also entscheiden, was wir wollen. Entweder ein Naturschutzgebiet für Wildtiere oder Tourismus und Landwirtschaft in einer gepflegten Almwirtschaft.

Europaregion. In Sachen Europaregion tut sich weiterhin sehr wenig. Da verhält es sich wie bei der katholischen Kirche. Während Pfarrgemeinderäte und Pfarrgemeinden zusammengelegt werden, hat es für einen Gesamtiroler Bischof nicht gereicht. Der Glaube sollte eigentlich keine Staatsgrenzen kennen, aber die Brennergrenze ist anscheinend höher gestellt. Zurück zur Europaregion. Wichtige gemeinsame Projekte wie z.B. das Tiroler Projekt "Tirol 2050 energieautonom werden" werden von der Landesregierung leider nicht mitgetragen. Man kocht auch hier lieber ein eigenes Süppchen. Ebenso wie bei Gesamtiroler Naturparks und vieles, vieles mehr. Nicht einmal eine leicht umsetzbare Verbindung der Hochspannungsleitungen über den Brenner konnte bisher umgesetzt werden.

Ein Blick nach Rom. Was machen unsere politischen Vertreter in Rom? Senator Zeller hat sich jüngst selber fest auf die Schultern geklopft ob der vielen Erfolge in Rom. Besonders in Erinnerung ist mir seine Aussage geblieben zu den Renten, zu den Äpfeln, sprich Bürger und Birnen, sprich Parlamentarier. Der Staat plant ja die Erhöhung des Pensionsalters auf 67 Jahre für Normalsterbliche. Aber Zeller möchte sich dafür einsetzen, dass Parlamentarier bereits mit 63 Jahren in Pension gehen können. Weiters hat man sich in Rom auch dafür eingesetzt, dass die Gehälter der Südtiroler Regierung nicht angetastet werden.

Als Meilenstein in der Autonomiepoltik wird auch die Heimholung der Wasserkraft und Übertragen der primären Gesetzgebungsbefugnis gezeichnet. Mit der Jahrhundertrekordtrockenheit in Italien mussten wir aber die Schleusen der Wasserspeicher derart öffnen, dass die Kraftwerksbetreiber empfindliche Verluste hinnehmen mussten. Diese Trockenperioden werden in Zukunft aber zur Regel werden. Dann haben wir zwar tolle eigene Anlagen, aber das gewisse Etwas fehlt dann zur Betreuung. Trotz dieser Heimholung zahlen wir Südtiroler mitunter die höchsten Strompreise in ganz Europa. Auch die Preise für Treibstoff sind im Vergleich zu unseren unmittelbaren Nachbarn deutlich höher.

Kein Wort haben Sie verloren zum Thema doppelte Staatsbürgerschaft, als ob es dies gar nicht gäbe. Es ist ein Thema, das zurzeit in aller Munde ist. Es ist auch bezeichnend für Sie, wenn Sie das Schreiben der Südtiroler Freiheit nicht mit unterzeichnet haben. Sieben ihrer Kollegen haben wenigstens die Schneid gehabt, das mit zu unterzeichnen. Allen Gegnern dieser doppelten Staatsbürgerschaft möchte ich sagen: Lassen Sie ihnen doch die Freude, Sie selber müssen sie ja nicht beantragen.

Zu den Südtirol-Aktivistinnen. Auch hier haben Sie kein Wort verloren. Es ist wirklich eine Schande für einen demokratischen Staat, dass man hier so lange wartet und nicht endlich einmal einen Schlusstrich zieht. Anscheinend will man hier warten, bis sich das Problem biologisch selbst löst.

Sie sprechen in Ihrer Haushaltsrede weiters, dass Südtirol auf einem Europa der Regionen baut. Davon sind wir aber meilenweit entfernt. Die EU braucht keine längst überholten zentralistische Nationalstaaten sondern eine Föderalismusreform. Um auf der weltpolitischen Bühne bestehen zu können, sollte sich Brüssel auf einige wenige Punkte konzentrieren. Außenpolitik, Verteidigung - da hat es eh einige Schritte in die richtige Richtung gemacht -, Währungspolitik, und weiters Bereiche, wo europaweite Harmonisierung für die Bürger eine Erleichterung darstellt. Beispiel Schweiz, das steht für mich für ein Europa im Kleinformat, für ein Europa wie es funktionieren sollte. Sie ist ein demokratischer Zusammenschluss freier Gemeinden zu Kantonen, zuletzt zu einer Konföderation, in der vier Sprachgruppen ohne Konflikte zusammenleben, wo die Vielfalt bewahrt wird. Schlüssel dafür sind hauptsächlich das Prinzip der Subsidiarität, die Basisdemokratie, eine größere Nähe zwischen Politik und Bevölkerung und einer Wirtschaft von steuerpolitischer Flexibilität auf lokaler Ebene. In der Schweiz können z.B. die Gemeinden über ihre politische Zugehörigkeit selber entscheiden. Dieses demokratische Grundrecht sollte in ganz Europa auch für Länder und Provinzen gelten, dann gäbe es viel, viel weniger Konflikte. In diesem Sinne ist deshalb die Vision von einem vereinigten Tirol in einem gemeinsamen Europa anzupeilen. Ich werde die Debatte aufmerksam verfolgen und mich später in der Artikeldebatte noch einmal einklinken. Ich bedanke mich für die Aufmerksamkeit.

HEISS (Grüne Fraktion - Gruppo verde - Grupa vërda): Wir beginnen nun den Reigen der Haushaltsbeiträge. Es kann sich vielleicht bis Donnerstag zu Mittag hinziehen und die Landesregierung, die hier auf dem Stühlchen sitzt, hat natürlich etwas Geduld aufzubringen. Es gibt unterschiedlich lange Beiträge, der meine gehört leider ein wenig zu den längeren. Deswegen bitten wir um Ihr Ausharren. Das Finale der Legislatur 2014 bis 2018 des Südtiroler Landtages und der Landesregierung hat begonnen. Zeit also für eine Bewertung nicht nur des Haushalts 2018, sondern der letzten vier Jahre, der Ära Kompatscher/Achammer, die Anfang 2014 den Auftakt genommen hat. Wir begnügen uns also nicht mit dem Blick auf die stattlichen Zahlen des vorliegenden Dokuments, das wir bereits im Minderheitenbericht ein wenig kommentieren durften, sondern halten auch Rückblick, Herr Landeshauptmann, auf den eingeschlagenen Kurs, der eingehende Bewertung verdient. Ihre Haushaltsrede, Herr Landeshauptmann, fasst die Erträge der Legislatur zusammen und unterlegt Ihnen als tragenden Grundakkord und Leitmotiv Sicherheit. Ich habe versucht zu zählen, wie oft der Begriff Sicherheit vorkommt. Es ist sicherlich mehr als zwanzigmal. Sicherheit auf allen Ebenen von der Autonomie, den Finanzen bis hin zur öffentlichen Sicherheit, das war ein wichtiges Thema, das auch in der Haushaltsrede angesprochen wurde. Dabei ist dieses Leitmotiv ebenso eine Art von Bilanz-Kennwort dieser Legislatur, wie auch ein wenig Selbstermutigung in der Hoffnung in gefährlichen Zeiten weiterhin in sicherem Fahrwasser zu navigieren. Es ist nicht mehr all zu viel übrig geblieben vom Schlachtruf der Regierungserklärung, die Anfang 2014 unter die Fanfare "mehr Eigenständigkeit wagen" gestellt wurde. Anstelle des Muts zur Freiheit und zum individuellen Risiko ertönt nunmehr verstärkt der Sicherheitsappell mit Landesregierung und Mehrheitspartei als Garanten der Sicherheit als den eigentlichen Schutzmächten der Südtirolerinnen und Südtiroler. In diesem Appell ist auch der Aufruf an Wählerinnen und Wählern des anbrechenden Jahres 2018 eingeschlossen, ihre Wahl auf der sicheren Seite zu treffen. Die SVP verspricht in der Gestalt, in der Person des Landeshauptmannes Sicherheit. Das erinnert an die Wahlkampfparolen der CDU in der gefährlichen Epoche des kalten Krieges, die damals lauteten: "Keine Experimente". Auch in diesem Falle ist das der stille Sub-Text dieses Slogans: Wagen Sie keine Experimente, bleiben Sie auf der sicheren Seite. Sicherheit ist gewiss ein Eckstein für die Zukunft unseres Landes, aber die Mantra-artige Wiederholung in der Haushaltsrede, Herr Landeshauptmann, wirkt auch ein wenig lähmend. Will Europa, will Italien und auch Südtirol Zukunft gestalten? Sind neben dem Grundrecht auf Sicherheit vor allem Mut und Lernfähigkeit gefragt, ebenso Neugier und Offenheit? Noch bedenklicher aber ist die Sicherheitsparole, wie bereits angedeutet, die auch eine Zukunftsangst verbirgt, die in Südtirol grundlegend spürbar ist und unsere Gesellschaft auch lähmt. Angst, so eine Binsenweisheit, ist der erste Feind der Freiheit.

Beim ersten Hinsehen ist die Bilanz der ersten vier Jahre durchaus beeindruckend. Ende 2013 - ich wiederhole ein wenig einige markante Eckpunkte der Haushaltsrede -, vor vier Jahren hätte niemand darauf gewettet, dass Südtirol wieder nahe der Vollbeschäftigung halten würde. Denken wir an die Krise der Hoppe, kurz nach der Landtagswahl, das war ein echter Schlag in die Magengrube. Niemand hätte mit Blick auf dem Haushalt zu hoffen gewagt, dass die finanztechnischen Lecks oder auch die realen Lecks der Ära Berlus-

coni-Monti wieder geschlossen werden würden, kompensiert durch neue zumindest bis 2022 reichende Haushaltssicherheit und Einnahmen. Niemand hätte vermutet, dass ein wahres Füllhorn an Kompetenzen und Zuständigkeiten seinen warmen Regen über Südtirol und das Trentino ausgießen würde. Vom Sicherungspakt über die Konzession A22 bis hin zum Heimholen des Stroms, um nur eine kleine Blütenlese aufzubieten. All dies und noch viel mehr ist eingetreten, getragen von einem stattlichen Wirtschaftswachstum, das die Sorgen der Jahre 2008 bis 2013 - Südtirol auch 2014, 2015 -, beinahe vergessen macht. Neuer Mut zum Risiko, Investitionsfreude haben ungeachtet des Sicherheitsbedürfnisses wichtige Sektoren erfasst. Die neu erwachte Nachfrage zeigt sich an übervolle Autobahnen, an Weihnachtsmärkten, am druckvollen Bauboom, an Eröffnung erweiterter Unternehmen und neuer Hotels. Der Erfolg ist Resultat eines aufgehellten wirtschaftlichen Horizonts, aber auch Ergebnis – aner kennenswert - umsichtiger wirtschaftspolitischer Setzungen durch die Landesregierung. Entlastung statt Subvention. Offenerer Rahmenbedingungen. Ökonomische Ermutigung statt Gängelung. Wie noch gängiger Usus in der Ära des unvergessenen Altmeisters, dessen Gepolter in der aktuellen Politszene nach wie vor ein wenig nachrumpelt. Dennoch trotz aller Erfolge liegt über dem Land auch eine Atmosphäre von Unsicherheit, von Entmutigung und Verbitterung. Sie ist spürbar hinter mancher Euphorie, hinter wiedererwachtem Lebensgenuss und neuer Gier. Sie ist begleitet von einem historisch einmaligen Misstrauen gegenüber der Politik, die auf nationaler Ebene so gut wie keine aber auch auf der Ebene unseres Landes schwindende Lösungskompetenzen zugetraut werden, wenn auch auf einem anderen Level. Das Vertrauen vieler Bürgerinnen und Bürger unseres Landes in die Zukunft ist brüchig. Das Gefühl, dass der aktuelle Boom nur kurzfristig dauern und der Friede faul sein könnte, ist in der gesellschaftliche Grundstimmung - das glauben wir zu verspüren -, deutlich merkbar. Es ist dies Teil einer europaweit fühlbaren Sorge darüber, dass das Ende einer Ära erreicht ist. Die bislang gültige Zentrierung, ein weiterer Horizont auf den Westen und Europa gehört der Vergangenheit an. Ob wir wollen oder nicht, die Absenz der USA in zentralen Handlungsfeldern, das Wüten des US-Präsidenten und die Schwäche der EU tun das ihre dazu, dass sich Krisenlagen nicht abschwächen sondern verschärfen. Neue Akteure führen Regie, darunter das autoritäre Duo Putin und Erdogan, erst recht das China von Xi Jinping, das überall in der Welt in Anlagegütern und Machtpositionen investiert, auch in Südtirol, auch in Bozen. Gegen diese Invasoren, die über die neue Seidenstraße, die "silkroad" lautlos einmarschieren, regt sich kaum Widerstand, anders als bei Flüchtenden und MigrantInnen, dabei sorgt diese Immigration für kaum geringeren Wandel. Dieser neue Horizont taucht auch in Südtirol auf, er taucht Südtirol in ein anderes, in ein befremdendes Licht. Eine fahle Stimmung liegt über unserem Land, wie bei einem Föhn, der hellleuchtend wärmt und alles glasklar wirken lässt, aber nur einen Wetterumschwung, oft einen jähen Wettersturz verkündet. Darauf kommen wir noch.

Vorerst aber wieder ein engerer Focus. Die letzten vier Jahre haben nicht allein die gute Hand von Landesregierung und Landeshauptmann bewiesen, sondern auch eine Kette von Missgriffen und Fehlsteuerungen generiert, die zu beschönigen sich nicht nur der Opposition verbietet. Kollege Pöder hat bereits einiges aufgeführt. Ich versuche, das in mir eigenen moderaten Tonfall ein wenig herunter zu glätten. In fünf Feldern zeigen sich Unsicherheit und Verärgerung bei Bürgerinnen und Bürgern, oft auch ein Ausmaß an Gereiztheit, das nicht mehr vergeht und deren Bearbeitung für die nähere Zukunft vorrangig ist. In fünf Bereichen: im Bereich der Autonomie, im Bereich der Landesverwaltung, im Bereich der Gesundheit – vom Kollegen Pöder schon aufgerufen und auch vom Kollegen Zimmerhofer –, im sozialen Bereich und schließlich auf dem Feld der Migration und der Fluchtbewegungen. Im Bereich der Autonomie, nochmals, ist die Erfolgserie, die der Landeshauptmann in seiner Haushaltsrede aufgefächert hat, beeindruckend. Die Erträge, die in der Haushaltsrede aufgeführt sind, sind außerordentlich und reisen nicht ab. Trotz der Anerkennung für Sicherungspakt und der 16 Durchführungsbestimmungen – einige sind noch in den Köchern -, bleibt unbeachtet, dass die Erfolge von einem großen Verlust begleitet sind. Die Erträge sind der Gewinn einer Handvoll Entscheidungs- und Machtträger, die wie Croupiers am Spieltisch der Autonomie sitzen und die gewonnenen Chips mit dem Schäufelchen ins Land holen, mit viel Arbeit, muss man anerkennen. Bürgerinnen und Bürger aber stehen am Spieltisch und blicken beeindruckt auf die Gewinne, die auch in ihrem Namen heimgeholt werden. Es ist eigentlich ein Begriff, den man vermeiden sollte, er kommt aus einer anderen Terminologie, auch das Saarland wurde 1935 heimgeholt. Aber immer mit ein wenig deprimierendem Wissen, dass wir Bürgerinnen und Bürger nur Zaungäste eines Spiels sind, das Sie und wir nur begrenzt durchblicken, denn inzwischen hat sich die Hoffnung auf eine Autonomie der Bürgerinnen und Bürger weitgehend verflüchtigt. Kollegin Foppa wird vielleicht darauf noch zu sprechen kommen. Die großen Erfolge der Autonomie in den verflossenen Jahren sind nicht der Effekt breiter Partizipation und in der Anteilnahme

möglichst vieler Bürgerinnen und Bürger aller Sprachgruppen. Vielmehr stehen diese Erfolge für die Durchbrüche politischer Eliten, mehr noch einer Handverlesenen Gruppe von Machträgern, erstens des Landeshauptmannes, zweitens von Senator Zeller, von Gianclaudio Bressa, dazu von Magnago II und schließlich von Daniel Alfreider, dessen knebelbärtiger Scharm bald auch den Landtag erhellen wird. Ihr Einsatz relegiert nicht nur das Gros der Bevölkerung und der Partei, sondern auch die übrigen Parlamentarier und Regierungsmitglieder in die Rolle von Statisten, so sehr sich Abi Plangger, Renate Gebhard und der ergrauende Hans Berger - den wir übrigens zum 70er gratulieren -, Francesco Palermo und "unser" Florian engagieren, um zumindest als Komparsen "bella figura" zu machen. Sie alle und wir blicken staunend auf die Erfolge, die oft unerwartet vom Olymp der Macher der Regiekabine Kompatscher/Zeller wie Confetti auf das staunende Volk auf uns herabregnen, auch endlos zähem Ringen erwachsen, wie etwa die Autobahnkonzeption, die seit 2014-15-16 immer kurz vor der Verlängerung schien, aber dann immer wieder hinausgeschoben wurde. Der Anfang 2013 geschlossene Pakt SVP/PD, damals, glaube ich, noch unter Theiner, wurde nicht nur sorgsam abgearbeitet, mehr noch, er wurde übererfüllt.

Was hingegen unterbelichtet blieb, ja sogar besorgniserregend abmagerte war die Bürgerbeteiligung. Nunmehr bald 2 Jahre nach Auftakt des Autonomiekonvents ist deutlich geworden, welches Ausmaß an Energie und Hoffnungen daran geknüpft war. Diese Hoffnungen sind nun zerschellt, "schubladiert" in einem Haupt- und drei Minderheitenberichten, die mehr den Charakter einer Beschäftigungstherapie tragen als den eines operativ wirksamen Dokuments, so sehr Konventsvorsitzender Tschurtschenthaler auch mit schmälzender Stimme den Erfolg der Arbeiten verkündet hat. Immerhin hat der Konvent die inneren Kräfteverhältnisse in Südtirol zu Tage gefördert. Er demonstrierte zum einen die Stärke der sogenannten volkstumspolitischen Achse zwischen SVP und - ich darf sagen - deutsch patriotischen Parteien, zugleich aber auch die lähmende Ohnmacht und die deprimierende Resignation der italienischen Sprachgruppe. Die autonomiepolitische Schiefelage, mehr noch die rachitische Schwäche der italienischen Parteien und die ethnische Unwucht - scusa, collega Urzi - traten auf dem Diagnosetisch des Konvents deutlich hervor. Unwucht und Schieflagen erwiesen sich nicht als zufällige und beiläufige Symptome sondern als Grundkoordinaten der Südtiroler Gesellschaft. Grüne Politik hat hier im Konvent in der Persönlichkeit von Riccardo dello Sbarba, a deus ex machina, entschieden und mit Augenmaß dagegen gehalten. Der vielfach gewürdigte Einsatz unseres Kollegen hat nicht nur die Bruchlinie in Konvent und Gesellschaft scharf diagnostiziert, sondern in kompetenter Kooperation mit Laura Polonioli auch Alternativen zum Dokument der Mehrheit eindrucksvoll vorgestellt und bei Vertretern des PD, Kollege Bizzo, einen Nachahmefeffekt erzeugt. Im Konvent trat Altlandeshauptmann Durnwalder als Spaltpilz hervor, der die Implementierung der Selbstbestimmung christlicher Werte und der Abschaffung der Region mit bewährter Stentorstimme einforderte mit großem Gehör bei Öffentlichkeit und Medien. Von den Deutschpatrioten, von Schützen und Selbstbestimmten freudig auf den Schild gehoben, trotz erheblichem Lebensgewicht versäumte Durnwalder keine Gelegenheit, um der aktuellen Regierung und zumal seinem Nachfolger nicht zuletzt auch dem Obmann seiner Partei eins auszuwischen oder auch, - entschuldigen Sie - reinzuwürgen, um es in der Diktion unserer blauen Freunde zu sagen. Der jüngste Geniestreich dieser merkwürdigen "day day Allianz" von Durnwalder und Deutschpatrioten ist der Vorstoß in Sachen Doppelpass, doppelte Staatsbürgerschaft. In dieses Anliegen, das die Südtiroler Freiheit mit Nachdruck seit 2009-10 vorantreibt, seit 2007, ok, - also heuer schon das zehnjährige Jubiläum seit der Gründung der Südtiroler Freiheit -, stimmten nicht nur starke Teile der SVP-Landtagsfraktion ein, sondern auch der Verfllossene schwang sich auf dieses Schlachtross, um damit ein Thema aufzugreifen, das wie kein anderes geeignet ist, unsere Gesellschaft zu spalten. Geteilt hat dieses Thema aber vorerst nicht die Südtiroler selbst, die es bei aller Aufregung zum erheblichen Teil kalt lässt, die anstelle eines Doppelpasses lieber ein Viertel mehr Verdienst hätten. Geteilt hat das Thema vor allem die Südtiroler Volkspartei, die sich in dieser Hinsicht wieder einmal als das bewiesen hat, was sie wirklich ist, ein Mirakel der Widersprüche. Die Haltung der Mehrheitspartei Wasser zu predigen und Wein zu trinken, lässt sich am besten in einem Bild beschreiben, das der längst vergessene Kris Kristofferson, ein Sänger, einst dem Country-Sänger Johnny Cash in einem Porträt gewidmet hat, das auch auf die Edelweise Position perfekt zutrifft. Die Hommage auf Johnny Cash schließt mit der unübertrefflichen Charakteristik, die auch für eure Partei gilt, auf englisch "he is a walking contradiction partly truth and partly fiction", so ist auch die SVP ein wandelnder Widerspruch, Wahrheit und Wahn zu gleich von Machtbewusstsein getragen. Als lebender Widerspruch halb wirklich und halb erfunden, ja surreal, so präsentiert sich also die Haltung der SVP in der zentralen Frage Doppelpass. Mir geht es nicht um ein Optional, um waschechte Südtiroler, sondern um den authentischen Versuch, vorangetragen von den Freunden der Südtiroler Freiheit, die Gesellschaft Südtirols

nicht nur zu spalten, sondern sie geradezu zu filetieren in Anwärter auf einen Doppelpass, in Berechtigte und Nichtberechtigte, in Südtiroler der Serie A plus I und jede der minderen Kategorie I. Darin hat die Südtiroler Freiheit Übung, muss man sagen. Dass sich aber große Teile der Südtiroler Volkspartei auf dieses Spiel im Doppelpass einlassen, ohne die Konsequenzen, Kollege Schiefer, in aller Radikalität zu Ende zu denken, bezeugt vor allem eines, jenseits der Kategorien des Mehr und Mehr hat die Partei offenbar verlernt, zentrale Fragen bis zum Schluss durch zu überlegen, Kollege Achammer. Dabei kommt die Konfliktscheu des Obmanns sehr zu Pass, der sich regelmäßig um des lieben Frieden willen, zu haarsträubenden Formeln versteigt, über die dann wie im Falle des Doppelpasses der europäische Geist als emotionale Glasur darüber gestrichen wird. Aber der Kern ist jener, aus einer Autonomie der Bürgerinnen und Bürger, auf die wir noch zu Beginn der Ära Kompatscher hoffen konnten, mehr denn je eine Autonomie der Macht und der Eliten geworden, frei nach dem Motto von Kaiser Josef II oder war es Friedrich II, "alles für das Volks, nichts durch das Volk". So ist das Füllhorn der Autonomie, das nur mehr seine letzten Gaben in dieser Legislatur ausgeschüttet, in der nächsten wird es vielleicht etwas magerer ausfallen, zwiespältig geblieben. Die Autonomie als ein zwar geschätztes aber für den Bürgeralltag nicht fassbares Instrument als Steuerrat des Gemeinwesens, das vor allem die deutsche und ladinische Sprachgruppe in Händen hält. An Katalonien mag man aus grüner Sicht viel kritisieren, zumal die vom Landeshauptmann kritisierte Brechstange von Puigdemont und Co. Nicht zu zweifeln ist aber im Fall Catalonia an der Existenz und Handlungsfähigkeit einer aktiven Bürgergesellschaft, nach der wir auch in Südtirol Ausschau halten, jenseits des Südtiroler Frühlings. Stattdessen verzieht sich die Gesellschaft all zu oft ins Private, ins Ehrenamt und von Vereinen und Verbänden nur zu gern in die Echokammer der asozialen Medien, aber nicht in ein aktives Eintreten für die "res publica". Der Wunsch nach Sicherheit, nachdem die Haushaltsrede so stark abhebt, bedeutet in unserem Land in seiner Gesellschaft eine Haltung des steten Rückzugs von Fleiß und Hilfsbereitschaft ohne Engagement. Von wegen mehr Eigenständigkeit wagen, wie noch 2014 in der Auftaktsrede des neuen Landeshauptmannes ausgerufen, stattdessen wird weiterhin der Starke wieder gewünscht mit einer Emphase, die auch Landeshauptmann Kompatscher längst in einem "Arno allgegenwärtig" verwandelt hat in der Nachfolge von "Luis dem Landesweiten". Der zweite Arm der Autonomie neben legislative Regierung und Bürgern in ihrem politischen Handeln ist die Landesverwaltung. Hier hat die Haushaltsrede bemerkenswerte Aufmerksamkeit gewidmet. Vorab die Zahlen, der engere Bereich der Landesverwaltung mit ca. 2.700 MitarbeiterInnen, die Hilfskörperschaften, Bereich Schule, mit 9.080 LehrerInnen und knapp 7.000 anderweitig Beschäftigten und schließlich das Gesundheitswesen mit 9.000 Personen. Insgesamt erreicht der Mitarbeiterstand ca. 30.000 und damit, militärisch gesprochen, doppelte Divisionsstärke. Es sind mehrheitlich Frauen, die in der Landesverwaltung arbeiten, sodass dieser Sektor auch ein gerüttelt Maß an Frauenpolitik in Südtirol verantwortet. Daher bleibt auch grundlegend, dass die öffentliche Verwaltung im Bereich der Frauenrechte beispielgebend vorangeht, dass sie nicht Rechte abbaut, sondern Stachel im Fleisch der privaten Wirtschaftssektoren ist. Diese mögen das größere Ausmaß an Teilzeit oder ausgedehnteren Mutter- bzw. Vaterschutz in rudimentäre Form als ungerecht empfinden, auch als uneinholbare Differenz. Dies ist verständlich. Sie sollten aber die Vorgaben vor allem als Orientierung betrachten, die es nachzuahmen gilt. An der Landesverwaltung Südtirols ermisst sich zu einem guten Teil die Qualität der Autonomie. Ihre Leistungsstärke ist auch der Gradmesser für den Erfolg unseres Autonomiemodells. Wenn Sachbearbeiter und Sekretariate, wenn Lehrer und Direktionen, wenn Förster und Straßendienstmitarbeiter gut mitarbeiten, ist viel gewonnen, während andernfalls Leistungsabfall, Zeitverlust und Ressourceneinbußen drohen. Dies gilt erst recht für das Personal im Gesundheitsbereich, das für einen besonders sensiblen Sektor verantwortlich zeichnet. Diese Bemerkungen gelten vor allem für die Führungskräfte von deren Einsatzfreude Landesrätin Deeg Ideen- und Organisationskraft, das Fortkommen der Autonomie, mehr noch das Wohlergehen Südtirols und seiner Bewohnerinnen und Bewohner wesentlich abhängt.

Wir begehen keine Diskriminierung, wenn wir in punkto Bürgernähe, in punkto Effizienz und rascher Finalisierung festhalten. Die landeseigene Verwaltung liegt deutlich über dem Standard vieler staatlicher Einrichtungen. Das liegt an der Motivation und Leistungsbereitschaft vieler Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen, deren Qualität oft genug positiv erstaunt. Nur wenige Beispiele: - die traumwandlerische Sicherheit eines Sachbearbeiters im Bereich Mobilität, der sämtliche Fahrpläne Südtirols im Schlaf herunter beten kann und deren Optimierungspotential erkennt; - die Urteilssicherheit von ExpertInnen der Raumplanung; - das ökologische Verantwortungsbewusstsein im Bereich der Umweltagentur; - viele juristische Sachbearbeiter auf vielen Ebenen; - die Bemühungen um Verwaltungsvereinfachung. Das ist nur eine kleine Auswahl. Die jeweiligen Akteure und Akteurinnen und ihr dynamisches Handeln bekunden eine Hingabe nicht nur für das

jeweilig Arbeitsfeld sondern auch ihre Verantwortung für den guten Zustand der Autonomie des Landes, für das sie arbeiten, leben und oft genug auch brennen, auch am Wochenende. Das gilt vor allem für die Abteilung Haushalt in diesem Zusammenhang. Keine Frage, dass so viel Einsatz starke Nischen der Gleichgültigkeit, der Demotivation und Frustration gegenüber stehen. Gewiss solche Bruchstellen gibt es nicht nur bei der öffentlichen Hand sondern auch im privaten Bereich, Kollegin Deeg. Was aber besondere Sorgen bereitet, ist der Eindruck, dass Motivationsschwäche und Lustlosigkeit in den letzten Jahren sichtbar zugenommen haben. Eine Verwaltung ist stets so gut wie ihre Führung. Sind daher leitende Positionen mittelmäßig oder sogar dürftig besetzt oder auch unbesetzt, dann fressen sich die Schwächen des Managements sofort nach unten durch. Sie zeigen dann Negativfolgen in Motivations- und Leistungsabfall, in Gleichgültigkeit und Aggressivität gegenüber Bürgerinnen und Bürgern. Sie beweisen sich dann aber auch in mangelnder Innovationsfähigkeit, die gerade für die öffentliche Verwaltung grundlegend ist. Wir sehen mit Sorge, wie sich in manchen Abteilungen und Amtsdirektionen Unlust verbreitet, wie sich Frust breit macht über das ungeklärte Zusammenwirken von Politik und Verwaltung, deren Ingerenz mitunter spürbar ist. Wenn auch rechtliche Grundlagen und administrativ bewährte Praktiken auf politische Ziele hin geformt und zugeschnitten werden, dann schwächt dies langfristig die Verwaltung und die Kontinuität ihres Handelns. Erst recht gilt dies für die Auswahl der Führungskräfte, die mitunter auch in auffälliger Weise politischer Opportunität folgt. Lesen wir etwa das Interview der designierten Schulamtsleiterin in der letzten Tageszeitung, Kollege Achammer, suchen wir vergeblich nach Profil und gefestigten Ansichten zur Schulentwicklung und ihrer Zukunft nach einem geschärften Problembewusstsein im Zeichen von Migration und Digitalisierung, sondern treffen vor allem auf beliebige Wellnessformeln von erschreckender Lehre. Wir hoffen, dass dies nur dem Tageszeitungs-Interview geschuldet ist. Das ja auch kein Medium des gehaltvollen Inhaltsreichtums ist. Die Aufgabe der angehenden Legislatur vor allem aber der künftigen Periode ab 2019 wird sein, die Landesregierung requalifizieren, zu motivieren und sie auf die digitale Zukunft nicht nur vorzubereiten, sondern sie in Südtirol zur Vorreiterin zu machen. Dieser durchgreifende Relaunch der Landesverwaltung wird umso notwendiger sein, da sich die Zahl der Mitarbeitenden gewiss reduzieren wird, zum einen aus Gründen der Einsparung und auch aus demographischen Motiven, die den Arbeitsmarkt auch für die alternde öffentliche Verwaltung zunehmend abbauen bzw. langsam ein wenig leer fegen. Diesen Prozess aufzunehmen und stärker denn je zu begleiten, wird über einen wesentlichen Aspekt der Autonomie entscheiden, nicht nur in Hinblick auf den Kostenfaktor der Gehalts- und Bedienstetenpositionen in der Höhe von annähernd 1 Milliarde Euro. Dies gilt besonders für das Gesundheitswesen. An dieser langen Zeit überaus bewegten Front, die Kollege Pöder aufgegriffen hat, herrscht nach drei ein halb Jahren wieder ein wenig Ruhe vorerst, die aber eher so wirkt, als wären die Kontrahenten nur ermattet ohne dass wirklich Frieden und dauerhafte Lösungen eingekehrt wären.

Lassen Sie mich vorab ein Wort an die nicht anwesende Landesrätin richten. Zu Beginn der Legislatur war leicht absehbar, dass nun eine Gesundheitsreform von einschneidender Größe kommen wird. Der Landeshauptmann hat Martha Stocker diese Aufgabe ebenso anvertraut, wie die Agenten des Sozialen, des Sports und der Arbeit, also ein wahres Monsterressorts, ganz so als hätte sie nach der langen Durnwalder-Durststrecke, der sie von der Regierung fern hielt, sichtlichen Nachholbedarf. Dass es dick kommen würde, war also gewiss. Das Ausmaß der Herausforderung hat die Befürchtungen der Amtsträgerin dann aber gewiss weit übertroffen. Nicht nur die Gesundheitsreform sondern die ab 2014 einsetzende Flüchtlingsfrage hat als tonnenschwere Last die Schuld an der Amts- oder besser Kreuzträgerin niedergedrückt. Die Herausforderungen wurden verstärkt durch die jüngst aufgeflamnte Impfdebatte. Landesrätin Stocker hat all dies auf sich genommen mit einem eisernen Pflichtbewusstsein, dem man die Bewunderung nicht versagen kann. Als kleine Dreingabe hat sie sich, Kollege Schuler, letzthin sogar noch das Thema "Wolf" als Kür aufgehalst und sich damit ein Südtiroler Lieblingsthema aufs Auge gedrückt. Wie Kollege Schiefer zu sagen pflegt, man muss nicht alles haben, aber Frau Stocker hat sich in der Hinsicht auch noch den Wolf ins Haus geholt. Für die Mehrheitspartei bedeutete die Bürde, die Martha Stocker zu tragen hatte, jedoch Entlastung. Dass sie sich als "mater dolorosa" oder besser als "Martha dolorosa" bereitwillig alle sieben Plagen auferlud, zog vor allem den Zorn und die Giftpfeile von Öffentlichkeit und Opposition zu, während sich die Landesregierung und Mehrheit zwar nicht durchwegs aber oft genug hinter dem Hitzeschild der Landesrätin verbergen konnten. Dass sie ihnen den Kopf hinhielt, entspricht zum einen ihrem Naturell, ist aber auch bezeichnend für die Rolle, die Frauen in der Politik oft genug einnehmen, Kollegin Foppa, auf glühenden Kohlen zu wandeln und sich die Finger zu verbrennen, oft genug für andere. Für die Mehrheitspartei mit dem angenehmen Nebeneffekt, dass sich die Landesrätin gewissermaßen als "badbank" einen Großteil der negativen Energie der

Bürgerschaft aufhalste. Oder, Kollege Steger? Ein Lehrstück also, dem einige Fragen folgen müssen. Macht es künftig Sinn, macht es wirklich Sinn, Herr Landeshauptmann, die Monsterressorts von Gesundheit und Sozialem weiterhin unter einem Dach zu vereinen? Wäre es nicht Ziel führender, die in ihrem Gewicht deutlich verstärkten Agenten Soziales, Migration und Flucht, als Schwerpunkt, in eine eigene Hand zu geben, anstatt die gegenseitige Blockade der beiden riesigen Agenten zu riskieren. Dies ist für die künftige Legislatur ernstlich ins Auge zu fassen ohne der Versuchung diesmal zu unterliegen, die Öffentlichkeit mit einem kleinen Regierungsteam nach außen hin zufrieden zu stellen. Die Gesundheitsreform soll nun also greifen mit dem Vorzug neuer Synergien und unter dem Eindruck anhaltender Personalsorgen. Die Verknüpfung, das Zusammenspiel von Krankenhäusern soll wirken, in der Hoffnung die Kirchtürme einzuebnen oder zumindest abzuschrägen durch einen Strang breiter territorialer Zusammenarbeit von den Basisärzten über die Sprengel, die Krankenhäuser der Grundversorgung, über die Bezirkskrankenhäuser bis hin ins Landeskrankenhaus. Dies gelingt aber nur dann, wenn den Bezirken weiterhin eine grundlegende Ebene des mittleren Managements eingeräumt wird und wenn die Bezirksdirektionen nicht den Eindruck haben nur mehr Schachfiguren der Bozner Zentrale zu sein. Daher sollen die Ergebnisse, etwa die Bilanzführung mit ihren Kennzahlen weiterhin auf Bezirksebene sichtbar sein, der Spielraum bei Einkäufen und Einstellungen nicht zu sehr beschränkt werden auf die Zentrale. Wenn sich auf der Ebene von Brixen, Bruneck, Meran und den kleineren Häusern ein gutes mittleres Management entwickelt, das auch Spielräume und nicht Spielwiesen vorfindet, besteht Aussicht, die Herausforderung der kommenden Jahre zu bestehen. Zu diesen zählt vorab der Mangel an Ärztinnen und Ärzten, deren Rekrutierung unter dem fünffachen Druck der Pensionierungen, der Nachwuchslücke, der EU-Arbeitszeitregelung, des Verbots der "gettonisti", das wieder gelockert wird, und den Verlockungen der Privatmedizin auf hohe Hürden stößt. Wenn es gelingt bereits ab der Matura, etwa bei Oberschülerinnen und -schülern gezielte Anregungen und Begleitung zu geben, wenn die leidige Crux der Facharztausbildung endlich gelöst wird - hoffen wir -, lässt sich der Mangel vielleicht in Grenzen halten. Aber die Zeichen dafür stehen nicht gut und damit ist ein weiteres zentrales Aktionsfeld markiert vor dem die Politik auch in Zukunft stehen wird. Dagegen wird, so ist absehbar, auch in Südtirol der Bereich der Privatmedizin aufblühen mit der Gefahr, dass einer der Leuchttürme der Autonomie das wohl funktionierende allen Bürgerinnen und Bürgern zugängliche Gesundheitswesen mit hohem Niveau zunehmend Risse bekommt. Nachwuchs und Motivation der Ärzteschaft wird nicht nur durch ihre stattliche Gehaltsposition gehoben, sondern vor allem durch neue Rahmenbedingungen und Handlungsfelder, die der Eigeninitiative und Forschung Raum geben. Sie wird aber auch gestärkt durch die Begleitung durch qualifiziertes medizinisches Personal, auf der Pflegeebene, auf der AssistentInnenebene, bei denen wiederum, wie in der Landesverwaltung, Frauen den Hauptpart übernehmen. Ob die Generaldirektion, Kollege Pöder hat es angedeutet, in dieser strategischen, medizinischen und sozialen Kernfrage nicht nur Antreiberin ist, sondern auch jenes Motivationsformat anbietet, das heute mehr denn je gefragt ist, ist fragwürdig. Wir sehen den Generaldirektor vielmehr häufig nach den Äußerungen der Ärzteschaft - zumal der eben pensionierten Primare, die sich dann trauen - als Motivationshemmer von begrenzter Zugänglichkeit. An der Frage der Medizin und ihrer zunehmenden Privatisierung und Vorzugspur zeigen sich die Haarrisse insgesamt, die sich in den sozialen Zusammenhalt der Südtiroler Gesellschaft allmählich einfressen. Es ist keineswegs so, dass die sozialen Systeme Südtirols schlecht aufgestellt wären, verfügen sie doch sozial und familienpolitisch über eine Reihe von Sicherheitsankern, die vieles abfangen. Mehr noch, dass familienpolitische Mittel übernommen und Leistungen ausgebaut wurden, kann niemand - bis auf Kollegen Pöder vielleicht - in Abrede stellen. Aber es geht um die Kernfrage, warum ausgerechnet jetzt zu einem Moment der brummenden Hochkonjunktur in einer der 21 reichsten Region Europas ein Sockel von Armen und Armutgefährdeten im Ausmaß von ca. 15% verankert bleibt, ein Sockel, der sich trotz mancher Anstrengungen des Landes und der öffentlichen Hände nicht auflöst, sondern in einer Position beeindruckender Dürftigkeit und Not verharrt. Oft bereits aufgezählt wurde die hohe Zahl an Mindestrentnerinnen und Mindestrentnern unterhalb der 500-Euro-Schwelle. Hinzu kommen jene Personen, die etwa im Juni diesen Jahres um die APE angesucht haben, diese vorzeitige Pensionierungsmöglichkeit, und bis heute noch keinen Cent erhalten haben, obwohl der Staat insgesamt 300 Mio. Euro eingestellt hat. Wöchentlich kommen zu uns Leute, die fragen, wann es endlich so weit sei wird, denn sie haben das Dekret erhalten aber das Geld noch nicht. Alleinerziehende, zumeist Frauen, dann die Niedriglöhner, Familien in sozialen prekären Situationen oft mit geringem Bildungsgrad, die nicht in der Lage sind, ihre persönliche Situation zielgerichtet zum Besseren zu wenden. Kein Wunder wenn die finanzielle Sozialhilfe, die Mietbeiträge, mehr denn je gefordert sind, wenn dabei auch die Sozialsprengel nicht nur an die Grenze der

finanziellen Ressourcen sondern auch der persönlichen Anforderungen an die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter geraten.

Hinzu kommt, dies hat die Haushaltsrede geradezu als elektrisierendes Moment eingebracht, noch die Frage der zukünftigen Pflege. Kollege Schiefer, das ist unser Thema. Zum ersten Mal wird verhalten in der Haushaltsrede anerkannt, dass die Steuer finanzierten Mittel für die Pflege nicht mehr ausreichen dürften, dass es notwendig sein wird auf andere Finanzierungsformen Regress zu nehmen, darauf zurückzugreifen. Wir kennen die Zahlen im Bereich der Pflege, noch 2006 gab es erst 10.500 Pflegebedürftige, aktuell sind es bereits ca. 15.500, also rund 5.000 mehr. Von diesen wurden vor einem Jahrzehnt 7.400 Zuhause gepflegt, 2016 waren es bereits 11.300. Dies bedeutet rapiden Zuwachs. Die dürren Zahlen belegen aber auch die starke Belastung der pflegenden Angehörigen wieder von, - dreimal dürfen Sie raten - Frauen. Verhalten dagegen das Wachstum der Pflegeplätze in Heimen, die in einem Jahrzehnt erst von 3.100 auf 4.100 angewachsen sind. Kollege Schiefer kennt sich hier aus. Neben den rasch anschwellenden Kostenpositionen von ca. 250 Mio. Euro in der Pflege ist also die Frage der Belastbarkeit der familiären Netzwerke ein Kernthema und damit verbunden die Bereitstellung von Pflegeplätzen. Die noch im heurigen Frühjahr zugesicherte dauerhafte Fundierung des bisherigen Pflegesystems steht nun zur Disposition, zumindest aber vor einem grundlegenden Wandel. Damit ist aber klar, dass soziale Systeme und soziale Beziehungen, auch jede der Arbeitswelt, vor einem Umbruch stehen. Die Sozialsysteme bedürfen unter dem doppeltem Druck von Demographie und Einkommenschwäche neuer Fundierung, die Lohnsituation in der Arbeitswelt hingegen einer grundlegenden Neubewertung. Denn dass seit zwei Jahren die Löhne wieder steigen, kann den zuvor eingetretenen Verfall und die künftigen Herausforderungen nur begrenzt abfangen. Hier ist ein Nachschlag der Arbeitgeber durch territoriale Zusatzverträge unabdingbar, auch in Hinblick auf die anhaltende Entlastung der Unternehmen durch die Steuerpolitik des Landes. Der demographische Wandel, die Einkommensstärkung, bedürfen aber auch einer entschiedenen Hinwendung zu Wirtschaftszweigen mit hoher Produktivität, die dann auch in der Lage sind, entsprechend höhere Löhne und Gehälter zu zahlen. Qualifizierte und gut bezahlte Jobs gibt es vor allem im Bereich der Industrie 4.0, worauf auch jüngst Unternehmensverbandchef Giudiceandrea mit Nachdruck hingewiesen hat. So bedeutet dies, dass Südtirol zur Stärkung seiner wirtschaftlichen und sozialen Grundlagen den Pfad zum Aufbau industrieller Leitsektoren von hoher und ressourcenschonender Qualität mit aller Energie beschreiten muss. Über alpine Technologie, Lebensmittel und Energie hinaus müssen sich auch andere Bereiche neu profilieren und das Exportfenster nutzen, das sich in Südtirol seit wenigen Jahren weit geöffnet hat. Erst heute sind wieder die Zahlen über den Außenhandel in überaus positiver Manier herangekommen. Wir wollen hoffen, dass es jenes Start-up-Klima in Südtirol schafft, das wir bisher oft schmerzlich vermissen. In Bruneck ist das Start-up-Klima sowieso in jedem Bereich gegeben, Kollege Tschurtschenthaler. Noi siamo sempre noi! Die Kommende Legislatur steht also vor einer Herkulesaufgabe, vor dem Umbau der Sozialsysteme, einer Stärke und besseren Pflege der Arbeitsbeziehungen, Kollege Renzler, und einer Neuaufrichtung der wirtschaftlichen Produktivitätskerne. Das wird zentral sein. Diese drei Handlungsfelder, Sozialsysteme, Arbeitsbeziehungen, Produktivitätskerne, stehen in engem Zusammenhang auch mit einer Diskussion über die Rolle des Tourismus, zu der wir Grünen weiterhin unsere entschiedene Position kundtun in aller Kürze. Tourismus bleibt zentral für die Wirtschaft und periphere Räume als Brücke zur Landwirtschaft, Kollegin Kuenzer, aber in klar markierten Grenzen. Unsere Landschaft, unsere Umwelt, unsere Natur sind kein Optional und Genusslandkulisse sondern konstitutiv für Autonomie und Identität dieses Landes. Das ist anders als in Nordtirol. Südtirol lebt wesentlich aus der Verbindung von Menschen und Landschaft. In Nordtirol ist diese Verbindung nicht so eng. Das wird oft vom Tourismus angefressen. Südtirol sollte daher weniger das Bundesland Tirol nachahmen sondern mehr Baden Württemberg anstreben, kein Genussland werden, das sich am Ende selbst verzehrt, sondern eine ausstrahlstarke Region von großer Leuchtkraft, voll Schönheit und Lebensqualität, Produktivität und Innovation, soziale Sicherheit und gesellschaftlicher Zusammenhalt auch der Kulturen und Sprachgruppen, ein magisches Dreieck bilden, das man vielleicht dann, Herr Landeshauptmann, Heimat nennen kann. Südtirol sollte auch in einem anderen zentralen Handlungsfeld der Zukunft von beiden lernen, von Tirol und Baden Württemberg. Dieses Feld ist der Umgang mit Asylbewerbenden, Flucht und Migration. In beiden Ländern hat ein rationaler und planvoller Umgang mit diesem Jahrhundertphänomen zu guten Ergebnissen geführt, worauf auch Landeshauptmann Kompatscher verwiesen hat. Nicht Alarmrufe und wütende Abwehr sondern der Einsatz einer rational agierenden Verwaltung, einsatzbereiter Gemeinden und einer lebendigen Zivilgesellschaft lassen Tirol und viele Kommunen von Baden Württemberg ungleich höhere Anforderungen bewältigen als wir dies tun, mit dem Erfolg, dass der Umgang mit Menschen auf der Flucht weit besser und plan-

voller verläuft. Wir sind überzeugt davon, dass gegen das Jahrhundertphänomen, Kollege Stocker schaut grimmig, Migration auf dem europäischen Kontinent keine Zäune helfen, keine zynische Abwehr, keine Lega, AfD oder FPÖ, sondern allein vorausschauende Politik, die die Versäumnisse der Vergangenheit zwar nicht zur Gänze aber doch in einigen Bereichen wettmacht. Europa, die Staaten und wir werden Migration künftig mehr denn je zu steuern haben. Bereits in Afrika durch dort platzierte Hilfe, vom Landeshauptmann oft angesprochen, den Aufbau von Institutionen und Industrien auf dem afrikanischen Kontinent, durch eigenes Konsumverhalten über einen Weltladen hinaus, Kollege Theiner, und die Möglichkeit zu begrenzter und gesetzlich gesteuerter Zuwanderung nach Europa unter klaren Kriterien. Die Grenzen, wie in Ungarn, Polen und Tschechien, dicht zu machen, wird auf Dauer nichts nützen. Angesichts einer Bevölkerung auf dem afrikanischen Kontinent, die bis 2050 von 1,4 Milliarden auf 2,5 Milliarden Menschen wachsen wird. Die Zahlen kennen Sie natürlich. Da helfen weder Zäune noch Repression, denn längst nicht alle, aber ein konsistenter Teil dieser Menschen wird selbst höchste Mauern durchbrechen. Wir werden in Europa nur durch klare, rasche und zielgerichtete Aufnahmeverfahren, durch die klare Unterscheidung von Asyl und Migration und auch durch Rückverweisung, - sage ich, obwohl ich ein Grüner bin - die Bewegungen steuern können. Die aktuelle Situation im Süden Italiens oder auf griechischen Inseln ist nicht nur menschenverachtend sondern auch kontraproduktiv, da sie Unrecht und Kriminalität produziert statt wirkungsvoller Hilfe und auch politische Bewegungen auf den Plan ruft, auf die wir gerne verzichten. Das haben wir in den letzten Wochen gesehen. Die Flüchtlingsfrage ist lösbar, sie ist nicht zu stoppen, aber sie ist lösbar. Die Zahl der Flüchtenden und Armutsmigranten, Kollegin Foppa wird morgen vielleicht noch darauf zu sprechen kommen, erreicht weltweit voraussichtlich heuer 70 Mio. Davon verbleiben 90% im Einzugsgebiet ihrer Herkunftsregion. 90% davon, der Libanon hat 2 Mio. aufgenommen, ein wirklich reiches Land - das sage ich höhnisch - wie Uganda hat 1,5 Mio. aus den Nachbarländern aufgenommen, es gibt ihnen Land und Existenzchancen. 3-5% dieser 70 Mio., ca. 2 Mio. suchen den Weg nach Europa, davon schaffen es vielleicht jährlich, aktuell nach 2015, Kollege Stocker, 250.000 Personen. Für diese Ankommenden gibt es weniger ein Versorgungs- als ein Verteilungsproblem. Nochmals, die Flüchtlingsfrage ist nur im Rahmen Europas lösbar, gewiss nicht durch die vollmundig propagierte kurzschlüssige Schließung der Mittelmeerroute. Sie wäre eine Maßnahme, betone ich nochmals, so erfolgreich wie der Einsatz eines Spaghettisiebs als Wasserbehälter. Sinnvoll sind zwei Maßnahmenpakete. Erstens Paketverteilung und Kontingentierung. Wenn jeder der 28 EU-Staaten nach einem bereits ausgehandelten Schlüssel bei der Verteilung zum Zuge käme, wäre die Herausforderung von aktuell 2,5 Migranten und Asylbewerbern in Europa 0,5% der EU-Bevölkerung gut zu schultern. Aber wenn sich Staaten gleich in Duzend von einer Kernaufgabe der EU verabschieden, das hat Landeshauptmann Kompatscher oft betont, und Solidarität verweigern, sind dann Konsequenzen überfällig, Streichungen von Strukturfonds und andere Maßnahmen. Hier müsste der milde Präsident Juncker vielleicht doch in der Lage sein, ein wenig die Daumenschrauben anzuziehen. Die zweite Aufgabe heißt Kontingentierung. Niemand zweifelt daran, dass es sich beim Großteil der Menschen, die Italien erreichen, um Armut Flüchtlinge handelt. Sie kommen nicht aus Syrien oder Afghanistan sondern aus Nigeria, Gambia und Senegal, zum Teil aus bürgerkriegsähnlichen Ländern wie Somalia und Eritrea, auch Bangladesch. Sie sind meist keine Asylwerber, ihr Weg nach Europa lässt sich nicht zur Gänze stoppen, das gebieten Humanität und Pragmatismus. Die Rücksicht auf die eigene Belastbarkeit, verlangt es aber hier Limits einzuziehen. Hier hilft etwa der Vorschlag von Gerald Knaus, der sich mit der Frage lange befasst hat, mit afrikanischen Staaten, wie Nigeria, Gambia, Senegal, bestimmte Jahresquoten auszuhandeln, diese mit konkreter und wirkungsvoller Wirtschaftshilfe zu verkoppeln, zugleich Abkommen über die Rücknahme der Überquoten bei selbstverständlicher Fortdauer des Asylrechts, mit Ansuchen in den Botschaften, in den Quellländern, auch allfälligen Hotspots. Dies würde in ein bis zwei Jahren zu Resultaten führen, da diese in den Herkunftsländern ansetzen würden, nicht aber in Transitstaaten wie Niger oder Libyen mit ihrer zerfallenen Staatlichkeit und dem kalten milliardenschweren Schlepperbusiness. Damit würde Europa Verantwortung und Humanität beweisen und der eigenen Überforderung, erst recht jener Italiens, ein überfälliges Ende setzen. Auf einen solchen Rahmen könnte sich Südtirol einstellen, auf begrenzte Ankunft - die aber weit umfassender und besser zu steuern ist als bisher - und mit besser betreuten Asylwerbern. Die Betreuung von Asylwerbern und Armutsmigranten, ihre Eingliederung in Arbeitswelten ist eine strategische Aufgabe für die Zukunft. Es ist eine erstrangige strategische Aufgabe und nicht ein Provisorium wie es bisher der Fall ist, die bislang mit überschaubarer Professionalität betrieben wird. An dieser Aufgabe wird sich auch beweisen, ob Südtirol zukunftsfähig ist. Die Frage der Flüchtlinge und Migranten ist ein Prüfstein. Es geht dabei mit Nichten um Gutmenschentum, erst recht nicht um beinharte Abwehr sondern um eine Aufgabe, die

gesetzlich administrativ und organisatorisch, erst recht in ihren Bildungsauftrag die Aufnahmegesellschaft auf den Prüfstand stellt. Wer sich dieser Aufgabe verweigert, schwächt sich selbst. Weit klüger ist es, die Herausforderung anzunehmen, sie zu gestalten und an ihr zu wachsen, menschlich und als Gemeinwesen. Das ist der Weg, den viele deutsche Regionen beschreiten, auf dem sie bei aller Anstrengung und Überforderung auch ihre Zukunftsfähigkeit beweisen. Planvolle Hilfe heißt auch die Not im eigenen Land besser wahr zu nehmen und jene Armut zu sehen, die wir ansonsten gerne ignorieren. Die Bewältigung der eigenen sozialen Herausforderung und jene der Flüchtenden gehen Hand in Hand. Die nächsten Jahre sind dafür entscheidend und diese Mehrheit muss sich bei all ihren Vorzügen, wie in anderen Feldern, besser dafür rüsten als dies bisher der Fall war. Danke!

STIRNER (SVP): Es ist jetzt natürlich schwierig, nach diesem brillanten Redebeitrag vom Kollegen Hans Heiss zu sprechen. Auch wenn ich inhaltlich nicht mit allem einverstanden bin, gefällt es mir sehr gut, Dir zu zuhören, deine bildhafte Sprache und deine Vergleiche, die Du immer ziehst.

Nun ich möchte beginnen mit einigen Passagen, die in diesem Bericht enthalten sind, und zwar mit der Einführung des Landeshauptmannes, der darüber spricht, wie viele Zuständigkeiten unser Land in den letzten Jahren übernommen hat. Die Zuständigkeiten im Bereich der Lokalsteuern und sehr viele Durchführungsbestimmungen in knapp vier Jahren zum Handel, zur Jagd, usw. Das ist sehr positiv und ich bin eine überzeugte Verfechterin der Autonomie. Dennoch glaube ich, dass wir gerade in diesem Bereich "Autonomie" noch sehr viel Ausbaubedarf haben, dass wir immer wieder an Grenzen unserer Autonomie stoßen, nicht umsonst weisen Gegner der Autonomie immer wieder darauf hin, dass der Landeshauptmann und ich zitiere hier "jede Woche nach Rom fahren muss, dass unsere Landesräte und Landesrätin nach Rom fahren müssen, um neue Verhandlungen zu machen" und dass deshalb die Autonomie gar nicht so gut ausgebaut ist wie wir sie uns wünschen. Ich muss sagen, in einigen Punkten muss ich diesen Personen auch Recht geben. Wir haben vor kurzem einen Begehrensantrag im Landtag besprochen und abgestimmt. Es ging um den arbeitsfreien Sonntag. Ich möchte das ganze Thema jetzt nicht wieder aufrühren, aber ich möchte gerade in diesem Zusammenhang darauf hinweisen, wie wichtig eigentlich diese Thematik für die Südtiroler ist bzw. für einen Großteil der Südtiroler und wie ohnmächtig wir in dieser Beziehung sind. Wir haben keine Möglichkeit, laut momentanen Bestimmungen dafür zu sorgen, dass dieser arbeitsfreie Sonntag eingehalten wird. Das Handelsgesetz und die italienischen Liberalisierungsmaßnahmen sind da ein Verstärker. Ich frage mich also, wo ist unsere Autonomie?

Ich bin seit Jahren auch eine Verfechterin der primären Zuständigkeiten der Schule, weil ich glaube, dass die italienische Schule sehr viele Mängel aufweist. Sie ist auch immer wieder bei internationalen Studien das Schlusslicht in der Tabelle was die Ausbildung betrifft und was die Unterrichtsmethoden betrifft. Ich finde es einfach schade, dass wir jede Reform, die von Rom alle paar Jahre ausgeht (bei jedem Regierungswechsel wird eine neue Reform gestartet), hier in Südtirol – so negativ sie auch sein mag – mitmachen müssen. Deshalb ist es mir ein großes Anliegen, dass wir im Bereich Schule und Bildung diese primäre Gesetzgebung endlich erreichen. Der Landeshauptmann weist in seinem Bericht auch auf das Vergabegesetz hin, wie wichtig das Vergabegesetz für unser Land ist. Das mag sein, ich bin damit einverstanden, aber in einigen Bereichen und das hat bereits Kollege Zimmerhofer angesprochen, z.B. im öffentlichen Dienst, im sozialen Bereich, beim Essen auf Rädern, der Hauspflege, passiert es immer wieder, dass Firmen, die aus dem Süden kommen, den Wettbewerb gewinnen. Sie finden sich dann in einer Realität wieder, die sie überhaupt nicht kennen und mit der sie nicht umgehen können. Umgekehrt, die Leute, die diese Hilfe benötigen, werden von Personen betreut, welche womöglich nicht einmal ihre Sprache sprechen. Das, glaube ich, ist nach wie vor ein großes Manko. Zurück zur Bildung, zur Schule. Das ist immer schon eines meiner Hauptthemen gewesen, eines meiner Steckenpferde. Ich hatte vor kurzem in der Fragestunde die Anfrage gestellt, um darauf hinzuweisen, dass es in den Berufsschulen noch keine Mitbestimmungsgremien gibt, dass die Anzahl der Schulausschlüsse an einigen Berufsschulen erschreckend hoch ist. In diesem Zusammenhang möchte ich noch einmal appellieren, wie wichtig es ist, dass gerade jene Menschen in den Schulen unterrichten, ... wir sollten gerade jenen Personen unsere Kinder anvertrauen können, die menschlich agieren. Es müssen nicht immer die besten sein, die den besten Schulabschluss, den besten Uni-Abschluss haben, sondern es ist manchmal wichtiger, dass sie eine größere Sozialkompetenz und ein größeres Einfühlungsvermögen haben. Das betrifft alle Schüler, aber ganz besonders jene, die Lernschwierigkeiten haben und die das Bedürfnis haben, dass man sie in ihren Stärken unterstützt und nicht auf ihren Schwächen herumhakt. In Bezug auf die Integrationslehrer, da hat sich in den letzten Jahren einiges getan. Wie sie gesagt haben,

Herr Landesrat, wird ein weiterer Ausbildungslehrgang für Integrationslehrer gestartet. Das ist sehr wichtig. Es zeigen sich aber diesbezüglich immer wieder Grenzen auf, gerade in der Oberschule. In der Oberschule, wo ein Integrationslehrer ja mehrerer Schüler in mehreren Fächern unterstützen sollte, angefangen von Mathematik, Chemie, Physik, Englisch,... das kann ja nicht möglich sein. In diesem Zusammenhang sollte man überdenken, ob man diese Integrationsarbeit nicht auf einzelne Fachlehrer ausdehnt, um so einen qualitativ guten Integrations- bzw. Stützunterricht gewährleistet. Weitere Maßnahmen zum Erlernen der zweiten Sprache liegen mir auch am Herzen. Es tut mir immer weh, wenn ich sehe wie viele unserer Südtiroler und Südtirolerinnen noch keine ausreichenden Deutschkenntnisse aber auch keine ausreichenden Italienischkenntnisse haben. Deshalb glaube ich, dass wir auch in Bezug auf den Zweitsprachenunterricht, auf den Fremdsprachenunterricht mutig neue Projekte starten sollten, die natürlich nicht unsere Identität gefährden. Das ist mir auch ein Anliegen. Ich glaube, dass in Bezug auf diese Thematik die Ängste zu groß sind oder größer sind als dann die Realität wäre.

In Bezug auf die Weiterentwicklung des Tourismus muss ich den Grünen Recht geben. Mir macht die Entwicklung mittlerweile auch Angst. Ich glaube, was in Südtirol gerade jetzt wieder abläuft, die Massen an Menschen, die an den Wochenenden in unsere Städte strömen, in unsere Täler zu den Weihnachtsmärkten, das hat meiner Meinung nach, Ausmaße erreicht, die nicht mehr tragbar sind. Wenn immer wieder von Ausbau der Betten, Ausbau der Straßen, usw. gesprochen wird, dann sollten wir uns schon darüber Gedanken machen, welches Ziel wir haben. Wollen wir eine intakte Natur? Eine halbwegs intakte Natur, denn ganz intakt ist sie in Südtirol nicht mehr. Wollen wir also die halbwegs intakte Natur in Südtirol noch erhalten oder wollen wir alles auf dem Altar der Wirtschaft opfern. Ich bin der Meinung, dass wir hier weitere Liberalisierungsmaßnahmen eindämmen sollten, dass sich die Politik der Verantwortung bewusst ist für die Menschen, die in diesem Land ständig leben und in diesem Zusammenhang möchte ich auch ein unglaubliches Zunehmen des Verkehrs erwähnen. Ich habe es gestern selbst auf der Autobahn erlebt, wo ich ein paar Stunden im Stau gestanden haben. Natürlich war gestern schlechtes Wetter, natürlich waren nach dem Feiertag alle Lastwagen wieder unterwegs, es gibt schon immer wieder Gründe, weshalb es zu diesen Staus kommt. Gestern eben besonders. Wir konnten aber im Sommer und Herbst schon feststellen, dass das Ausmaß nicht mehr tolerierbar ist. Das Ansinnen der Landesregierung öffentliche Verkehrsmittel zu verstärken und auszubauen, finde ich sehr gut, so auch den Viertel-Stunden-Takt auf der Linie Bozen-Meran einzuführen. Die Tram ins Überetsch ist Zukunftsmusik, aber ich glaube, es ist absolut wichtig, dass wir die öffentlichen Verkehrsmittel in unserem Land stärken. Ich würde mir auch wünschen, wenn im Vinschgau die Bahn irgendwann eine Anbindung an die Schweiz oder Österreich finden würde, um auch da diese Verbindung zu verbessern.

Es ist auch das Thema Flüchtlinge und Migration angesprochen worden. Ich glaube es wohnen zwei Seelen in der Brust der SüdtirolerInnen. Einerseits die Bereitschaft, der Wille zu Helfen und andererseits die Angst vor dem Unbekannten. Ich glaube, das ist ganz normal und gut nachzuvollziehen. Trotzdem aber sollten wir uns immer wieder bewusst sein, dass auch Südtiroler Leute in den 50er und 60er Jahren ausgewandert sind. Was haben die gesucht, welche Hilfe haben sie bekommen? Natürlich ist es nicht vergleichbar. Ich werde immer sehr zornig, wenn ich höre, dass Leute sagen: Ausländer haben hier nichts zu suchen, die haben hier nichts verloren, die kassieren nur Sozialbeiträge, es sind reine Wirtschaftsflüchtlinge. Auch wenn diese Leute bessere Lebensbedingungen suchen, dann ist es ihr Recht. Ich glaube, wir Europäer vergessen manchmal, dass wir Afrika und Asien kolonialisiert haben, ausgebeutet haben, jahrzehntelang, all diese Länder in Afrika und Asien, die Mitte des 20. Jahrhunderts unabhängig wurden und ohne Begleitung in diese Unabhängigkeit kamen, diese Länder, in denen sehr oft Bürgerkriege und Machtkämpfe ausbrachen. Ich glaube, wir Europäer vergessen, dass wir auch einen Teil der Schuld daran tragen. Wir können nicht einfach sagen: wir wollen die nicht! Die Deutschen hatten Kolonialstaaten, die Engländer, die Franzosen, die Portugiesen, die Spanier, die Holländer, alle. Das müssten sich bestimmte Leute in Erinnerung rufen. Ich finde es eine regelrechte Schande, dass in unserem Land sich immer noch Gemeinden weigern, am Sprachprogramm teilzunehmen, dass sich Gemeinden immer noch weigern, 5 – 10 Flüchtlinge aufzunehmen. Sie stimmen im Gemeinderat darüber ab, weil sie keine Leute wollen, weil sie keine Unterkunft haben, oder sie schieben sonst irgendwelche Gründe vor, hier keinen Beitrag der Menschlichkeit zu leisten. Ich finde es deshalb richtig, wenn man den Gemeinden die finanziellen Mittel beschneidet, wenn man die Landesbeiträge kürzt - auch wenn eine Gemeinde wie Corvara sich ins Fäustchen lacht, denn die haben schon Geld genug. Wie Hans Heiss bereits gesagt hat, unsere Landesrätin Stocker hat ein Megaressorts bekommen. Das stimmt. Sie verdient sich wirklich unsere Anerkennung für alles was sie in diesen beiden Ressorts,

die ihr unterstehen, unternimmt. Über das Gesundheitswesen ist bereits genug geredet worden. Ich möchte nur noch einmal hinweisen, wie schwierig es ist diese endlosen Wartelisten abzubauen und wie negativ sich der Personalmangel auf die Qualität auswirkt. Dennoch vergessen wir oft, dass unser Gesundheitswesen ... bei all diesen Mängeln, die immer kritisiert werden und die nicht nur in Südtirol anzutreffen sind, die sind in Deutschland gleich, die sind in Österreich gleich, die sind im Rest Italiens noch schlimmer. Also es ist nicht so, dass unser Gesundheitswesen schlecht funktioniert. Im Gegenteil, wenn wir Vergleiche ziehen, dann können wir immer noch feststellen, dass das Gesundheitssystem in Südtirol gut funktioniert bei all den negativen Aspekten. Die Pflegesicherung ist eine neue große Herausforderung. Wir können über Jahre nicht mehr mit der rein öffentlich finanzierten Pflegeversicherung weitermachen. Das ist ganz klar. Hier ist die Landesregierung herausgefordert, neue Wege zu beschreiten und Lösungen zu finden, die im Interesse auch der Südtirolerinnen und Südtiroler ist.

Die doppelte Staatsbürgerschaft mag zwar für machen unwichtig sein, aber ich glaube es gibt doch sehr viele Menschen, denen eine österreichische Staatsbürgerschaft oder die Doppelstaatsbürgerschaft am Herzen liegt. Da hat es mich geärgert, was die Grünen in Bezug darauf gesagt haben. Es hat meiner Meinung nach überhaupt nichts mit einer patriotischen Flanke zu tun oder mit Nationalismus. Ich habe immer den Eindruck, dass alles, wenn man z.B. heimatbewusst ist, dass schon das Wort allein für viele eine negative Bedeutung hat. Es geht nicht darum, dass man gegen etwas ist. Man ist weder gegen Italien noch gegen die Italiener damit, sondern man würde sich freuen aus ideellen Gründen, aus sentimentalischen Gründen, aus welchen Gründen auch immer, wenn es möglich wäre, die österreichische Staatsbürgerschaft zu erhalten. Italien geht da mit gutem Beispiel voraus. Italien hat ja auch die italienische Staatsbürgerschaft den Italienern in Slowenien und Kroatien gegeben. Ich glaube auch, dass die guten Beziehungen zwischen Österreich und Italien nicht aufs Spiel gesetzt würden. Ich glaube, es hat nichts mit nationalistisch zu tun. Wenn wir schauen, was im Baskenland oder in Katalonien passiert, frage ich mich, warum werden Menschen, die sich dafür einsetzen, als rechts bezeichnet. Gerade in Katalonien sind es nicht die Rechten, es sind alle, Rechte und Linke, die sich da eingesetzt haben. Ich verstehe also nicht, was dieses Bewusstsein mit Rechts zu tun hat und mit irgendwelchem Patriotismus. Diesbezüglich hat auf "Salto" Harald Knoflach einen recht interessanten Artikel geschrieben. Ich glaube und das soll keine Beleidigung sein, für mich wäre die österreichische Staatsbürgerschaft ein Geschenk. Ich bin nicht Italienerin. Ich bin Südtirolerin mit einem italienischen Pass. Ich bin aber nicht Italienerin und ich bin anders. Ich habe sehr viele italienische Freunde, das hat aber nichts damit zu tun. Ich lege nur Wert darauf, zu sagen: ich bin Südtirolerin und nicht Italienerin und würde mich über die österreichische Staatsbürgerschaft freuen. In diesem Zusammenhang wäre es auch vielleicht ganz interessant für viele hier, das neue Buch zu lesen, ein Interview zwischen Giovanni di Lorenzo, dem Chefredakteur der Wochenzeitung "Die Zeit", und Roberto Saviano. Dieses Buch gibt es nur auf Deutsch. Giovanni di Lorenzo ist ja halb Italiener, halb Deutscher und hat Saviano zwar auf Italienisch interviewt, was aber ins Deutsche übersetzt worden ist. Diese Buch heißt: "Erklär mir Italien! Wie kann man ein Land lieben, das einen zur Verzweiflung treibt." Ich glaube, das ist ein sehr interessantes Buch. Natürlich muss man nicht mit allem einverstanden sein, aber es sagt sehr viel über die Dinge aus mit denen wir eigentlich ganz oft nicht können.

Damit wäre ich zum Schluss gekommen. Es freut mich, dass wir eine Schulamtsleiterin haben, die heute schon erwähnt worden ist. Hans Heiss, ich glaube da solltest du schon etwas großzügiger sein in Bezug auf das Interview in der Tageszeitung. Wir wissen mittlerweile, wie Interviews oft wiedergegeben werden. Ich bin davon überzeugt, dass sich unsere neue Schulamtsleiterin sehr gut machen wird und dass sie das Profil hat, das wir uns alle von ihr wünschen. Dankeschön!

KÖLLENSPERGER (Movimento 5 Stelle - 5 Sterne Bewegung - Moviment 5 Steiles): Kurz zum dreijährigen Haushalt. Wir hatten bereits im Ausschuss die Diskussion, die sich eigentlich jedes Jahr wiederholt zum Problem der ausufernden laufenden Kosten, die sich in den letzten 10 Jahren von ca. 35% auf etwa 15% bzw. 19% (je nachdem wie man es sieht) reduziert haben. Also sie sind rückläufig. Das wissen wir, weil seitens der laufenden Kosten die Summe steigt und die Haushaltssumme im Grunde genommen gleich geblieben ist. Das natürlich bringt das Risiko mit sich, wenn die verfügbare Haushaltssumme schrumpfen würde, wäre das ein großes Problem, wenn die Investitionssumme gegen Null tendieren würde. Bisher wurde das vermieden trotz des Auslaufens der Ratenrückzahlungen des Mailänder Abkommens, was wir heuer im Haushalt das erste Mal deutlich spüren mit einem Minus vom 88%, weil das Bruttoinlandsprodukt in Südtirol und das Steueraufkommen bei der IRPEF stetig gestiegen sind. Bei der IRPEF sehen wir nicht nur,

dass die Südtiroler gute Steuerzahler sind, - es geht hier natürlich um Lohnabhängige, die gar nicht drum herum kommen, die Steuern nicht zu zahlen - nicht etwa weil es bei uns bessere Löhne gibt als im restlichen Staatsgebiet, sondern vor allem weil wir eine sehr hohe Erwerbsquote haben. Zum Zweiten weil das Bruttoinlandsprodukt stetig steigt bei IRES und auch der Konsum auf der IVA in der Berechnung der Proportion, die Südtirol zusteht, einen proportional überdurchschnittlichen Effekt auf unsere liquiden Mittel hat, die wir vom Staat zuerkannt bekommen. Deswegen ist der Haushalt weiterhin sehr üppig ausgestattet und wir jammern noch immer auf einem sehr hohen Niveau. IRAP- und IRPEF-Zuschlag sind weiterhin trotz guter Konjunktur auf Mindestwerten. Es wird vor allem beim IRPEF-Zuschlag versäumt, sie als ein effizienteres Mittel zur Steuergerechtigkeit einzusetzen, dadurch dass sie flat und eben nicht progressiv angewandt wird. Insgesamt aber ist der eingeschlagene Weg des Steuerverzichtes statt der Wirtschaftsförderung zu begrüßen und zu bejahen. Was die laufenden Ausgaben betrifft, wäre es natürlich angebracht, hier mit einer "spending review" in der öffentlichen Verwaltung weiterzumachen. Wir wissen, diese gibt es. Wir hatten im 3. Ausschuss auch mit den fünf Herren gesprochen, die diesen machen. Trotz großen Einsatzes und großer Kompetenz verbrachten sie aber im Grunde genommen einen großen Teil ihrer Arbeit damit, Zeitungsabos oder relativ marginale Ausgabenposten zu analysieren. Hier ist entscheidend das Problem der Kostenwahrheit und auch das aktuelle Prämiensystem mit dem viele Funktionäre in der öffentlichen Verwaltung gezahlt werden, das einer effizienten spending review entgegen steht. "Zero-base-budgeting", der Kollege Hans Heiss hat es auch kurz erwähnt, hat in der erhofften und vielleicht versprochenen Form so nicht stattgefunden, auch wenn es stimmt, dass die einzelnen Landesräte ihre Projekte und Forderungen rechtfertigen müssen. Ich denke, dass das unter dem Vorgänger Luis Durnwalder auch nicht anders war. Laut dem Dreijahreshaushalt sehen wir bis 2020 ca. 400 Mio. weniger auf der Einnahmenseite, es wird aber etwas weniger dramatisch ausfallen, da neue Rückzahlungen sich dazu gesellen werden. Andererseits gibt auch die neue Zuständigkeit der neuen Wasserkraft etwas Grund zur Hoffnung. Wenn es stimmt was man den Zeitungen entnehmen konnte, kann man hier ca. 150 Mio. pro Jahr für die nächsten 2 Jahre vorsehen. Etwas mehr wird heraus schauen zumindest bei der Verlängerung der Konzessionen für die Ex-Edison-Kraftwerke. Heuer hat man noch den Bilanzausgleich unter anderem durch den Abbau von Finanzanlagen geschaffen, ca. 216 Mio., ein großer Teil. Knapp die Hälfte davon durch den Verkauf der Alperia-Anteile, mit dem die Gemeinden in einem gewissen Sinne zwangsbeglückt werden, wenn sie nicht – so kann man es dem Brief des Gemeindenverbandes entnehmen – politischen Stillstand riskieren wollen. Das verschiebt de facto einen Teil der Schulden des Landes auf die Gemeindeebene. Wahrscheinlich hier von größerer strategischer Bedeutung als das uns bisher bewusst geworden ist auch die Übernahme der Pensplan SGR, die im Hinblick auf die künftige flexible Liquiditätsbeschaffung zu sehen ist. Wenn es stimmt, dass 20% der verwalteten Summen für Investitionsprojekte im Lande verwendet werden können, dann wird einem die strategische Auswirkung dieser Maßnahme erst richtig bewusst, diese langfristige flexible Liquiditätssicherung, die wahrscheinlich die Einholung der Energie, die Alperia nicht bringen wird, wenn man die Aussichten der Alperia ansieht. Ich würde mich auch nicht wundern, wenn beim Pensplan SGR, sollte es eine Inhouse-Gesellschaft werden, auch andere Fonds angesiedelt werden. Immerhin geht es bei den drei aktuellen Fonds um 3, 5 Milliarden verwaltete Investitionssumme. Also ist es durchaus eine strategisch wichtige Maßnahme, die Übernahme der Pensplan SGR.

Nun ein wenig mehr im Detail zu Gesetzentwurf Nr. 146, die Bestimmungen in Zusammenhang mit dem Landeshaushalt. Artikel 3 ist begrüßenswert, er führt zu mehr Transparenz bei der Veröffentlichung der Verwaltungsmaßnahmen der Landesregierung und der Dekrete der Direktoren.

Artikel 5 wird von mir besonders begrüßt, auch durch die Annahme meines Änderungsantrages im Ausschuss, der die Stärkung der regionalen Kreisläufe durch das Landesvergabegesetz mit sich bringt, weil er eine nicht mehr nötige Einschränkung der Präferenz für die kurzen Transportwege, also unsere lokalen Betriebe, auf die Lebensmittel aufhebt und somit auf alle Lieferungen ausweitet.

Beim Artikel 7/bis, der direkt im Ausschuss eingebracht wurde - natürlich verstehen wir den Hintergrund -, handelt es sich de facto aber um eine Scheinliberalisierung des Detailhandels in den Gewerbebetrieben. In der Tat schafft dieser Artikel ein Prozedurmonster, das de facto diese eventuellen Eröffnungen zu einem sehr marginalen Phänomen macht, weil er ja nicht nur denen, die das machen wollen, einen bürokratischen Hindernislauf aufhals, sondern auch die zuständigen Ämter bis auf weiteres blockieren wird. Vom Prinzip her ist das Anliegen, die Liberalisierung des Monti-Dekretes so weit als möglich zu umschiffen, zu teilen, weshalb es hier nicht angebracht ist, größere Polemiken zu machen. Wir werden sehen in welcher Form wir das dann im neuen Raumordnungsgesetz wiederfinden werden.

Über Artikel 9 hatten wir bereits im Ausschuss diskutiert. Es geht hier um die staatlichen Entschädigungen für Strafzahlung bei vorzeitiger Schuldentilgung. Das ist wohl eine Fehlerbehebung von einem Versprechen, das in der Vergangenheit gemacht wurde, wobei vergessen wurden, dass man das mit staatlichen Rückerstattungen kompensieren sollte. Nun muss man rückwirkend arbeiten, weshalb aber ein Einvernehmen mit den Gemeinden angebracht wäre.

Artikel 14 sieht mehr oder weniger einige homöopathische Maßnahmen im Gesundheitsbereich vor, die wir dann in der Artikeldebatte noch genauer sehen werden.

Interessanter ist hingegen der Artikel 15, da geht es um die öffentlichen Beteiligungen und um Anpassungen, unter anderem an das 175er gesetzvertretende Dekret, das sogenannte Madia – testo unico delle società partecipate. Interessant ist auch, dass explizit Alperia ausgenommen ist, die hier von Normen profitiert, die für viel größere Gesellschaften geschaffen wurden. Aber doch sehr geschickt, indem man an der Börse in Dublin ein paar gamepoints quotiert hat, erspart man sich hier und lässt den Kelch des Madia-Gesetzes an sich vorübergehen. Die Möglichkeit der Gründung neuer Gesellschaften, sofern sie im Bereich erneuerbare Energien bzw. Glasfasern arbeiten, ist hier ebenso vorgesehen und man sieht bereits, dass der Boden vorbereitet wird für ganz konkrete Maßnahmen, die anstehen bzw. von der Landesregierung gesetzt worden sind.

Artikel 17 spricht über die bereits erwähnte Abtretung der Alperia-Quoten, 10% an die Gemeinden, wobei interessant wäre zu wissen, wie viele der Gemeinden bis zum 6. Dezember diese Grundsatzentscheidung getroffen haben, hier an dieser Übernahme der Quoten teilzunehmen. Vielleicht wird der Landeshauptmann in der Replik dazu Stellung nehmen können.

Ein Wort noch zum Landesgesetzentwurf Nr. 147, zum Stabilitätsgesetz. Artikel 3, eigentlich das einzig nennenswerte. Hier geht es um die GIS, dass man die neuen Garagen den alten Garagen, sofern sie für Hotelbetriebe verwendet werden, angleicht. Es hat eine gewisse Logik, doch es liegt auf der Hand, dass hier anstatt die GIS-Steuersätze aller Wirtschaftszweige anzugleichen, eine weitere Vorzugsschiene geschaffen wird, die wahrscheinlich von den anderen Wirtschaftszweigen schon bald analoge Forderungen mit sich ziehen wird und natürlich wieder auf dem Gemeindefinanzhaushalt lasten wird. Der Rest dann in der Artikeldebatte, die uns die nächsten Tage noch beschäftigen wird. Danke schön!

MAIR (Die Freiheitlichen): Grundsätzlich ist zur Haushaltsrede des Landeshauptmannes zu sagen, dass er sich bemüht hat bzw. sich sein Schreiber bemüht hat, eine Zusammenfassung aller oder vieler Themen niederzuschreiben, die in der Tat das Land betreffen und die die Menschen bewegen, über die draußen gesprochen wird. In zahlreichen Punkten kann man auch nicht wirklich etwas daran aussetzen. Das möchte ich auch betonen. Was ich ein bisschen bedaure und da merkt man, dass die Rede nicht von Ihnen geschrieben wurde, die Herabschätzung der Stammtische. Viele Themen werden am Stammtisch besprochen und wenn ich nicht irre, sind die allermeisten Stammtische in Südtirol Volkspartei-besetzt. Ich glaube, dass man es nicht so abwägen kann, wenn es um Migration geht, wenn man es so geringschätzig abwertet und sagt, das ist Stammtischgerede. Ich glaube, alle Themen werden am "Budel" diskutiert und an den Stammtischen diskutiert. Dort wo Menschen zusammenkommen, wird über diese Themen diskutiert. Ich glaube, dass man darüber nicht abschätzig reden sollte. Was in diesem Bericht auch zu begrüßen ist, ist dass erstmals auch wirklich ein breiterer Raum dem Thema Migration zugewiesen wird und auch die Sicherheit eine Rolle spielt. Das freut mich natürlich. In einigen Teilen könnte man fast meinen ist es Freiheitliches Programm, vor allem in jenem Teil wo der Landeshauptmann erstmals zugibt, dass gerade wo es um Strafdelikte geht, der Ausländeranteil verhältnismäßig höher ist. Das haben wir Freiheitliche über Jahre hinweg immer wieder gesagt auch über Anfragen. Wir haben diesbezüglich versucht zu sensibilisieren, wurden dafür verteufelt. Nicht schlüssig ist für mich allerdings die Aussage, dass Ausländer Sozialleistungen nur entsprechend ihrer zahlenmäßigen Stärke bekommen. Was Sie eben nicht sagen, und was schon zu unterstreichen ist, ist, dass es sich beim Großteil der Zuwanderer um junge Leute handelt, die natürlich im Bereich Gesundheitswesen noch nicht so sehr zur Last fallen bzw. das noch nicht so sehr beanspruchen – ich denke, das muss man auch irgendwo berücksichtigen – aber das ist eine Frage der Zeit, vor allem wird nicht erwähnt, wie viele Ausländer inzwischen Staatsbürger sind und nicht mehr in der Statistik als Ausländer aufscheinen.

Ich bin mit Artikel 8 nicht einverstanden, ich habe auch ich eine Tagesordnung eingebracht. Es geht darum, dass bisherige Bestimmungen außer Kraft gesetzt werden sollen, wobei es die Absicht der Landesregierung ist, die Gebäude als Aufnahmeeinrichtung für Personen zu nutzen, die internationalen Schutz be-

antragen. Es wird hier eine Benachteiligung der einheimischen Bevölkerung geschaffen, das stößt auf Ablehnung. Auch das wird in diesen Tagen sehr stark diskutiert. Aber zum Inhalt selbst werde ich dann bei der Behandlung der Tagesordnung kommen. Natürlich können wir uns damit nicht einverstanden erklären.

Einen Satz möchte ich noch sagen, weil Sie das erwähnt haben und auch Kollegin Stirner das gesagt hat, ich glaube immer wieder den Vergleich mit den Südtirolern, die damals nach Österreich oder Deutschland gegangen sind, der hinkt. Ich glaube nicht, dass man diese Geschichte mit der Flucht in Verbindung bringen kann. Es hat hier Arbeitslosigkeit gegeben, das stimmt. Die Menschen sind aber nicht geflüchtet, sie sind vor allem nach Deutschland oder Österreich gegangen um zu arbeiten. Wenn sie am Anfang keine Arbeit hatten, wurden sie kontrolliert und mussten sich wöchentlich polizeilich melden. Es handelt sich hier um denselben Sprach- und Kulturraum. Viele Folgeerscheinungen hat es schlichtweg nicht gegeben was Integration usw. anbelangt. Heute ist der Aufwand ein völlig anderer. Die Leute sind auch zum Großteil ohne große Ansprüche ins Ausland gegangen, um zu arbeiten. Das Geld wurde vielfach heimgeschickt. Ich glaube, korrigieren Sie mich, wenn es nicht stimmt, hat es nicht diesen Familiennachzug gegeben, wie wir ihn heute kennen. Ich glaube, dass man das schon unterscheiden muss. Man muss auch ganz klar sagen, die Posten wurden von Italienern besetzt, öffentliche Stellen waren nicht verfügbar. Das war natürlich auch ein Grund, dass viele einfach gegangen sind. Ich würde das aber nicht mit den Fluchtursachen von heute in Verbindung bringen.

Vielleicht noch einen Satz zum dem was gesagt worden ist über das Sprachprogramm, mit dem ich auch nicht einverstanden bin. Das haben zwar nicht Sie gesagt, aber auch sie kritisieren immer wieder die Gemeinden, die sich weigern, bei diesem Sprachprogramm mitzutun. Die Art und Weise, die Heftigkeit der Kollegin Stirner, möchte ich schon zurückweisen. So viel ich weiß, wenn die Menschen die Garantie hätten, dass es sich um effektive Flüchtlinge handelt, die das Aufnahmeverfahren bereits hinter sich hätten, dann glaube ich, dass sich die eine oder andere Gemeinde, die sich jetzt noch quer stellt, auch eher bereit erklären würde. Da sind einfach noch zu viele Fragen offen. Ich möchte nicht, dass hier diese Gemeinden so brutal an den Pranger gestellt werden. Irgendwo ist die Sorge auch berechtigt. Ich hätte mir sowieso gewünscht, dass man die Menschen nicht vor vollendete Tatsache stellt, sondern dass man sie von Beginn an viel mehr mit einbezieht und vielleicht auch einmal effektiv befragt, ob sie das alles wollen. Eines dürfen wir nicht vergessen: der Großteil dieser Menschen hat nicht den anerkannten Flüchtlingsstatus. Hier hätte ich mir auch gewünscht und wir haben in der Vergangenheit die Landesregierung mehrmals ersucht bzw. die Forderung gestellt, ob es nicht die Möglichkeit gegeben hätte oder heute noch gibt, mit dem Staat zu verhandeln, dass man anerkannte Flüchtlinge aufnimmt und nicht das ganze Verfahren all jener mitmacht, wo man weiß, dass der Großteil den Status sowieso nicht erhalten wird.

Normalerweise nutze ich die Haushaltsdebatte, um ein gesamtpolitisches Bild aus meiner Sicht abzugeben, dieses Mal beschränke ich mich auf einige Passagen Ihres Berichtes. Ich bin auch nicht ganz einverstanden mit dem Teil, wo Sie vom neuen Vergabegesetz sprechen und betonen, dass dadurch der Zugang der kleinen und mittleren Unternehmen zu öffentlichen Aufträgen verbessert wurde. Ich glaube, das kann man noch nicht sagen. Das wird sich in diesem Zusammenhang weisen. Ich werde öfters Fragen stellen, auf die ich gerne auch eine Antwort hätte. Es würde mich interessieren wie hoch der Anteil in Summe und Prozentsatz ist, beispielsweise am bisherigen Bauvolumen des Brennerbasistunnels was lokale heimische Südtiroler Unternehmen anbelangt. Ich denke, dass hier die frohe Botschaft ein bisschen verfrüht kommt. Ich glaube, dass sich das erst zeigen wird, ob sich diese klare Aussage, die der Landeshauptmann getroffen hat, auch tatsächlich der Realität entspricht. Gibt es darüber schon aktuelle Zahlen? Ich frage das ganz bewusst, weil ich des Öfteren mit Klagen konfrontiert werde, dass die immer wieder versprochenen Aufträge nicht kommen bzw. nicht gekommen sind. Darauf werden Sie sicherlich näher eingehen können.

Ein weiterer Kritikpunkt, der so nicht stehen bleiben kann, ist die Post. In den meisten Postämtern, zumindest was wir wissen, wird die Post nicht 6 Tage die Woche zugestellt. Die Zeitungen schon, die Post nicht, am Samstag wird zum Beispiel nur die Zeitung ausgetragen. Ich finde es natürlich richtig, das ist klar, dass Tageszeitungen täglich ausgetragen werden, aber unverständlich ist es für mich und auch für viele andere Bürger, dass das für die ganz normale Post nicht gilt. Hier stellt sich die Frage, ob die Zeitungsinhaber eine bestimmte Vorzugsschiene haben und wie das dem Bürger gegenüber gerechtfertigt wird. Das Abkommen mit der Post ist mittlerweile seit 8 Monaten in Kraft. Die Personalnot konnte noch nicht behoben werden. Anscheinend gibt es zwar Anstellungen, einige wenige befristete Anstellungen. Ein Beispiel, das ich hier deponieren möchte, was Sie sicher auch alle wissen, ist, dass Postbeamte ihren Urlaub nicht machen können. Das ist nach wie vor ein Fakt. Ich denke, dass hier die Politik tätig werden muss. Wir erhalten in

diesem Zusammenhang auch immer wieder Klagen von Südtiroler Bahnbediensteten, auch damit haben wir Sie mittels Anfragen des Öfteren konfrontiert, auch diese fühlen sich von der Politik im Stich gelassen.

Ein Satz zum Verteilungszentrum, das natürlich grundsätzlich zu begrüßen ist. Diese Forderung haben auch wir immer wieder gestellt. Es wurden auch Vorschläge genehmigt, umgesetzt ist noch nichts. Auch hier hat man den Eindruck, dass es sich um eine reine Absichtserklärung handelt. Ich denke, dass es an der Zeit ist, dass konkrete Taten folgen, ansonsten glaubt das keiner mehr.

Ein weiteres Thema, das in letzter Zeit diskutiert wurde, und vor allem die Arbeitnehmer betrifft, und wo akuter Handlungsbedarf ist, ... und deshalb freut es mich ganz besonders, dass die Kollegen der Südtiroler Volkspartei (die Arbeitnehmer) dies jetzt erkannt haben. Es freut mich auch, dass ein Forderungskatalog veröffentlicht wurde. Auch hier bis auf den Bereich Wohnen, wo wir ein bisschen eine andere Ausrichtung haben, hat man das Gefühl, es ist Freiheitliches Programm. Ich finde es lustig, dass vor wenigen Wochen unsere Anträge, was die Abschaffung des IRPEF-Zuschlages und die Erhöhung der Mindestrente anbelangt, diese von den Arbeitnehmern abgelehnt wurden und jetzt liest man dieselben Punkte in diesem Forderungskatalog. Wir sind der Meinung, was das Wohnen anbelangt, dass nur mit der Erhöhung der Fördermittel die Wohnungen nicht billiger werden. Das hat das AFI bestätigt. Das hat sich auch bisher so gezeigt. Auch in diesem Bereich habe ich einen Tagesordnungsantrag eingereicht, nämlich was den Rückkauf der WOBI-Wohnungen anbelangt. Es ist derzeit so, dass viele Mieter, die ein Leben lang, 30, 35 Jahre lang in einer WOBI-Wohnung gelebt haben, ein sehr präpotentes Schreiben vom Wohnbauinstitut erhalten haben. Es handelt sich jetzt um ältere Leute, wo die Kinder aus dem Haus sind und die Wohnung natürlich dementsprechend mehr Quadratmeter hat und wo in keinem einzigen Vorgespräch das Wohnbauinstitut auf die Leute zugegangen ist, sondern einfach schreibt: entweder sind Sie mit diesem Tausch in der Straße x mit Quadratmeter Y einverstanden, oder Sie zahlen so und so viel mehr im Monat. Ich habe diesbezüglich auch die Beispiele hier. Ich denke, dass diese alte Forderung noch einmal angedacht werden soll, dass man für diese Menschen die Möglichkeit schafft, dass man die WOBI-Wohnungen zurückkaufen kann. Werde bei Behandlung der Tagesordnung näher darauf eingehen.

Zurück zu den Arbeitnehmern. Ich habe gesagt, dass erst vor wenigen Wochen diese beiden Anträge abgelehnt wurden. Es ist klar, dass uns niemand verbieten kann aus dem Landeshaushalt einen entsprechenden Ausgleich zu zahlen. Dass die Zuständigkeit für die Erhöhung der Mindestrente beim Staat liegt, das wissen auch wir, Kollege Renzler. Das stand im Antrag auch drinnen. Trotzdem glaube ich, ist es notwendig einen Ausgleich herzustellen, dass wo der Staat nicht tätig wird, das Land zwischenzeitlich eingreift. Da die Wirtschaft boomt, das ist ja gut, die Wirtschaft zieht wieder an, sollte sich dies auch bei den Löhnen niederschlagen. Deswegen fordern wir die Landesregierung auf, die Unternehmen anzuhalten, territoriale Zusatzverträge zu den staatlichen Kollektivverträgen umzusetzen. Dies ist deshalb notwendig, weil die Lebenshaltungskosten in Südtirol natürlich viel höher sind als im Süden bzw. im restlichen Staatsgebiet. Hier ist ein besonderes Augenmerk auf den Wohnbau zu richten, wo die Preise nach wie vor trotz der Wohnbauförderung so hoch sind, dass Wohnungen für viele unerschwinglich sind. Ich bleibe dabei, dass unter bestimmten Voraussetzungen schon die Möglichkeit geschaffen werden soll, dass diese WOBI-Wohnungen zurückgekauft werden dürfen. Das erzielte Geld kann für die Schaffung für neuen Wohnraum verwendet werden, wobei die einheimische Bevölkerung nicht benachteiligt werden darf. Diese Sorge muss man haben, wenn man sieht, dass die Landesregierung konventionierte Wohnungen auch für Ausländer öffnet und Wohnraum für Asylwerber unter Missachtung der bestehenden Gesetze zulässt.

Nur zwei Sätze zur Sanität. Obwohl aus dem Landeshaushalt immer mehr in dem Bereich Sanität fließt, verschärfen sich die Probleme. Auch in diesem Zusammenhang nur ein paar Beispiele: Ärztemangel, ausufernde Kosten für Medikamente, teilweise sehr bedenkliche Verkürzung der Aufenthaltszeiten (nur um einige Punkte, die auch an den Stammtischen in der Bevölkerung) aufzuzählen. Ich denke um bestimmte Engpässe in der Sanität zu lösen, wird man nicht umhinkommen, mehr Privatinitiativen zuzulassen ohne - das möchte ich unterstreichen - einer Zweiklassenmedizin Vorschub zu leisten, wo sicher viele hinter vorgehaltener Hand sagen, die haben wir längst schon. Ich denke, dass hier die Landesregierung in diese Richtung mehr unternehmen muss. Hier möchte ich auch eine Frage stellen: Was ist aus der Forderung der Jungärzte geworden, die für Diskussion gesorgt haben und die wieder zurückkommen wollen.

Einen Satz zum Verkehr. Heute liest man, dass die Überetscher Bahn nun doch gebaut werden soll. Ich weiß nicht, sind das fake news, ist es ein "Wahlzuckerle" oder ist man tatsächlich zur Einsicht gekommen (das hoffe ich ja wirklich), (wird unterbrochen). Es wurden in der Vergangenheit wirklich unzählige Anträge abgelehnt, abgelehnt und abgelehnt. Auch in dieser Legislatur, Kollege Steger. Aber ich bewerte das

positiv, dass es jetzt tatsächlich zu dieser Umsetzung kommen soll. Ich finde das grundsätzlich als positiven Schritt. Grundsätzlich ist bei der Verwirklichung von Verkehrsinfrastrukturen in meinen Augen noch nicht wirklich ein klares Konzept zu erkennen. Einiges entpuppt sich auch als Flickwerk, z.B. der Ausbau der Pustertaler Straße oder die Umfahrung von Brixen, auch die Vinschgauer Straße, usw. Ich denke, dass man die jüngste Diskussion rund ums Verkehrsaufkommen, vor allem was die Christkindlmärkte anbelangt, durchaus nutzen sollte, um wirklich längerfristige Perspektiven zu formulieren. In diesem Zusammenhang wurde auch über die Obergrenze der Touristen gesprochen. Ich glaube, dass die Forderung einer Obergrenze für Touristen nicht wirklich ein erstrebenswertes Ziel sein kann. In der Organisation und in der Abwicklung des Verkehrs besteht schon absolut Handlungsbedarf. Auch die Vertröstung auf den Brennerbasistunnel zieht nicht mehr wirklich, spätestens auch seit wir wissen, dass die Zulaufstrecke in Bayern nicht einmal ansatzweise steht. Die Bayern haben effektiv keinen Plan.

Was die Wirtschaftsförderung anbelangt, so sollte das Subventionssystem noch weiter zurückgeschraubt werden. Wir haben Sie das letzte Jahr dafür in Ihrem Haushaltsbericht gelobt, dass Sie grundsätzlich zwar nicht vom Gießkannenprinzip abgekommen sind, aber doch einen großen Schritt weg von dem unternommen haben. Auch das ist positiv zu vermerken. Dies ist möglich, wenn die Steuerbelastung vorab entsprechend gesenkt wird, stattdessen sollte die Förderung strukturell ausgerichtet werden. Wenn die Steuerbelastung sinkt, sind Subventionen im bisherigen Ausmaß nicht mehr notwendig. Hier fällt mir immer wieder ein, auch anlässlich einer Haushaltsdebatte, hat seinerzeit Kollege Pichler Rolle einmal davon gesprochen, dass die Subventionen süßes Gift für die Wirtschaft seien.

Was die Familienpolitik anbelangt, geht die Landesregierung aus meiner Sicht in die falsche Richtung. Kollege Steger, wir hatten hier kürzlich eine Podiumsdiskussion, wo es zwar um andere Themen gegangen ist, aber es war eine Frau vom Vinschgau vertreten, die wirklich viel Kritik an der derzeitigen Familienpolitik geübt hat. Auch das ist ein Thema, das vielleicht auch an den Stammtischen, am Kaffeetisch der Damen, an den unterschiedlichsten Orten diskutiert wird. Es sind in Südtirol viele Frauen der Meinung, dass diese Art von Familienpolitik nicht unbedingt die richtige ist. Es wird nicht nur uns zugetragen, das wisst ihr alle, dass noch immer eine Angleichung zwischen öffentlich Bediensteten und der Privatwirtschaft fehlt, was Kindererziehung, Mutterschaft, usw. betrifft. Also hier gibt es ganz große Unterschiede. Auch jene in der Privatwirtschaft sagen zu Recht: mit unserem Geld ... Ich glaube auch hier muss man überlegen, wie es möglich sein kann, - es soll ja niemandem etwas genommen werden - aber dass auch jenen in der Privatwirtschaft mehr Möglichkeiten zugestanden werden. Das ist eine anhaltende Ungerechtigkeit, das wird draußen massiv diskutiert. Also, denke ich, besteht hier massiv Handlungsbedarf, weil es ja in der Form nichts Neues ist. Die Entscheidung über die Kindererziehung, ob in einer Struktur oder Zuhause, muss nach wie vor den Eltern freigestellt bleiben. Wahlfreiheit wird in diesem Zusammenhang immer wieder genannt. Auch hier ist noch Luft nach oben. Die Familien sind wirklich mehr zu unterstützen. Gerade die Familienpolitik ist ein gutes Beispiel, das wurde auch damals bei dieser Veranstaltung genannt. Sie tun oft so, als würden Politiker bewusst falsche Informationen nach außen tragen, um Stimmung zu machen. Dem ist nicht so! Ich glaube, dass das hier im Saal keiner tut. Was Menschen aber im Alltag sehen, wahrnehmen und draußen erleben, das wurde damals auch gesagt: Für unsere Familien schaut wenig heraus, wir fallen überall durch den Rost. Ein gutes Beispiel ist auch die Einheitliche Einkommens- und Vermögenserklärung, über die wir vorhin kurz gesprochen haben. Wir haben zahlreiche Beispiele, leider Gottes ist es in der Tat so, dass unsere Leute vielfach rausfallen und es schaut so aus, als ob wirklich in den Genuss vieler Förderungen die Ausländer kämen und bevorzugt wären. Ich denke, diese Dinge sollte man schon ernst nehmen und hier noch mehr darauf bedacht sein. Man sollte eine Bestandsaufnahme machen, das haben wir schon oft verlangt. Statistiken nützen ja wenig, wenn man dann nicht wirklich mit diesen Zahlen auch versucht, gesetzgeberisch tätig zu werden. Ich denke, dass in vielen Bereichen noch viel Arbeit zu tun ist und wo man genauer schauen muss. Wo hapert es, wo sind Nachteile, wo kann man nachbessern, wo kann man einen Ausgleich schaffen, um bestimmte Diskussionen in eine andere Richtung gehen zu lassen? Diese Dinge bringen uns die Leute, die Leute draußen erleben in ihrem Alltag Dinge, von denen wir teilweise nichts wissen bzw. wir kennen diese Beispiele nicht. Ich denke, dass man diesen Leuten nicht sagen sollte, dass das Marktgeschrei ist. Es ist für sie in ihrem Umfeld ein Problem, das ernst zu nehmen ist und wo man ihnen mit der notwendigen Sensibilität und mit Information, aber auch mit der Ernsthaftigkeit, dass man die Problematik verstanden hat und bemüht ist, etwas zu tun, begegnet.

Nur ein Streifen zur Schule. Die Überlastung der Schule mit teilweise bildungsfremden Aufgaben hat eindeutig zu einer Absenkung des Niveaus geführt. Hier braucht man nichts beschönigen. Es wird immer

wieder gerne bestritten, aber auch hier wird von Lehrpersonen aller Schulstufen das Gegenteil bestätigt. Hier hören wir völlig andere Töne und konkret andere Sorgen. Auch in diesem Bereich gilt Handlungsbedarf.

Was die Südtirol-Politik anbelangt habe ich mir vom Landeshauptmann nicht wirklich etwas Neues erwartet. Es wird rund um die Autonomie alles schön geredet. Ich möchte betonen, dass auch wir die positiven Schritte der Autonomie anerkennen. Niemand würde die Autonomie schlecht reden. Wir möchten aber nicht am Status quo festhalten. Ich denke, dass das Festhalten am Status quo neue Ansätze und neue Perspektiven verhindert. Ich bin der Meinung, dass solche wirklich dringend notwendig sind, um den Herausforderungen, denen Südtirol entgegensteht, gerecht zu werden. Auch das ist ein Thema, wo mir oft das Herz blutet, wenn Menschen zu mir in die Sprechstunde kommen mit den unterschiedlichsten Anliegen und wo man teilweise sagen muss, dass wir dafür keine Zuständigkeit haben. Das häuft sich. Das war nicht immer so. Die Probleme ändern sich, die Herausforderungen ändern sich. Kollegin Stirner hat die positiven Dinge aufgezeigt. In einigen Bereichen haben wir mehr Kompetenzen bekommen, aber was die Menschen Masse bewegt, haben wir einfach wenig Kompetenzen. Ich denke, dass man das neu überdenken muss um neue Ansätze und Perspektiven zu ermöglichen. Ich glaube, solche sind dringend notwendig, um diese Herausforderungen zu bewältigen. Der vom Landeshauptmann immer wieder zitierte europäische Geist droht zu einem Ungeist zu werden, wenn er immer den Vorgaben der derzeitigen EU-Führung folgt. Wie dies in eine Sackgasse führt, kann man am Beispiel der Migration jeden Tag erleben. Ich denke, ohne einer Umgestaltung der Europäischen Union Europa ebenso wenig eine Zukunft hat wie Südtirol ohne eine Neuausrichtung. In diesem Zusammenhang stelle ich auch fest, also zumindest hat man das kürzlich gelesen, dass die Hoffnungen vieler Südtiroler, dass sich die SVP endlich vom Pakt mit dem Partito Democratico verabschieden, wie eine Seifenblase zerplatzt sind. Dieses Anketten, wo sich die SVP nach wie vor freiwillig an eine linke Ideologie anketten, an den Staat anketten, die dem Wesen der Südtiroler in weiten Teilen widerspricht, das ist für viele nach wie vor nicht nachvollziehbar.

Wie gesagt, zu einigen Punkten, die ich angesprochen und gestreift habe, haben wir Tagesordnungen eingereicht, wo man näher auf den Inhalt eingehen kann. Man hat dann natürlich auch die Möglichkeit, in der Artikeldebatte einige Fragen zu stellen. Ich werde es fürs Erste belassen, ich hätte noch eine halbe Stunde Zeit, aber für heute werde ich es belassen. Herr Präsident, wenn ich mich nicht irre, dann darf ich morgen nochmals das Wort ergreifen. Stimmt das?

PRESIDENTE: Sicuro per il tempo rimanente, che sono 29 minuti.

MAIR (Die Freiheitlichen): Gut, dann belasse ich es hier und bedanke mich für die Aufmerksamkeit. Ich ersuche, dass ich auf die Fragen eine Antwort bekomme. Danke!

TINKHAUSER (Die Freiheitlichen): Es sind noch 20 Minuten zur Verfügung. Ich bin kein langer Redner. Das, was ich zu sagen habe, hat in dieser Zeit auch Platz.

Ich denke, dass wir auch heuer wieder einen üppigen Landeshaushalt mit Durchlaufposten von 5,4 Milliarden Euro haben. Wir wissen, dass die Kosten in der Sanität und bezüglich Personal ansteigen und dass man sich vielleicht für das nächste und übernächste Jahr Gedanken machen muss, wie man das zu erwartende Loch zu stopfen hat. Das ist, glaube ich, vielleicht auch machbar, wenn die Steuereinnahmen weiterhin sprudeln und die Wirtschaft derzeit so wächst wie es die Wirtschaftserwartung vermuten lässt.

Wenn ich mir das Programm des Landeshauptmannes anschau, was vor allen Dingen die Wirtschaft angeht, dann muss ich sagen, dass ich davon sicherlich vieles unterschreiben könnte. Wir haben derzeit eine so hohe Erwartungshaltung in der Wirtschaft wie wir sie wahrscheinlich in den vergangenen Jahren noch nie hatten. Wir haben eine Erwartungshaltung der Unternehmen von 95 Prozent, die sagen, dass sie mit steigenden Einnahmen oder mit Zuwächsen für das nächste Jahr rechnen. Das sind sehr beeindruckende Zahlen. Wenn man in der Wirtschaft viel unterwegs ist, dann sieht man, glaube ich, dass auch in vielen Bereichen Aufbruchstimmung herrscht.

Von Seiten vieler ist in der Vergangenheit angemaht worden, dass man in den vergangenen Jahren der Wirtschaft viel gegeben hat. Man hat die IRAP gesenkt usw. Jetzt kommt die arbeitende Bevölkerung dran. Ich würde aus meiner Sicht keine Unterscheidung machen. Für mich gehört die arbeitende Bevölkerung immer zu den Unternehmen. Das ist ein Glied. Jeder Unternehmer wird sich hüten, seine arbeitenden Leute nicht gut zu behandeln, speziell wenn man sich derzeit die Wirtschaftslage in Südtirol anschaut. Hier hat sich eine sehr interessante Diskussion aufgetan und ich sage, dass es sehr, sehr wichtig gewesen ist,

auch wenn es finanziell nicht so viel ausmacht, für große Unternehmen mit viel Personal usw. die IRAP zu senken. Vor zwei, drei Jahren war es sehr wichtig, dieses Signal zu geben, dass man die Wirtschaft entlasten möchte, dass dafür aber die Unternehmen hier im Land – man kann das machen, was möglich ist – wieder investieren sollten.

Einiges ist auch sehr richtig. Wenn wir noch vor 7 oder 8 Jahren – ich bin schon 9 Jahre hier im Landtag – hier im Landtag gestanden sind und über Wirtschaftspolitik gesprochen haben, dann hat man gesagt, dass große Unternehmen den Schritt – ich bin ein Pusterer – nach Osttirol wagen. Jetzt muss man sagen, dass die Tendenz genau in die andere Richtung geht. Ich habe mich selbst für unser Unternehmen interessiert, einen Baugrund in Osttirol zu kaufen. Das war recht interessant, wenn man sagt, dort bekomme ich gleich hinter der Grenze einen Baugrund voll erschlossen um 35 Euro. Das weiß ich ganz genau, weil ich mich dafür interessiert habe. Schlussendlich entscheidet man sich dann für einen Gewerbegrund, der nicht erschlossen ist, wo erst der ganze bürokratische Aufwand zu machen ist, im Lande zu kaufen, auch wenn dieser fünfmal so teuer ist als dort. Was gibt den Ausschlag dafür, dass man hier im Lande bleibt? Einmal muss man zwischen Unternehmen unterscheiden, die sagen, dass sie gut aufgestellt sind, dass sie in den Export investieren. Da ist es vielleicht weniger interessant, aber ein einheimisches Unternehmen ist interessiert, auch wenn die Umstände oder die Kosten viel teurer sind, hier in Südtirol zu bleiben, weil der Markt derzeit derart stark ist. Ich möchte mein Unternehmen hier verwurzelt wissen, weil der Markt derart stark ist. Ich weiß, dass ich auf der einen Seite meine Abnehmer hier habe und auf der anderen Seite weiß ich - ich komme wieder auf den Arbeitsmarkt zurück -, dass ich Leute habe, auf die ich mich verlassen kann im Verhältnis vielleicht zu anderen Gegenden, wo die Investition billiger ist. Das gibt schlussendlich den Ausschlag, dass man hergeht und sagt, dass man das Unternehmen trotzdem hier in Südtirol weiter entwickeln möchte, obwohl es irgendwo anders vom Geld her interessanter wäre.

Wenn man aber hergeht und sagt – was das Raumordnungsgesetz anbelangt, gibt es Nachholbedarf -, dass man einen Grund ausgewiesen bekommen möchte, dann muss man in Südtirol eine sehr langen Zeithorizont einplanen. Ich sage, dass das ganze System noch nicht ganz ausgereift ist oder dass es irgendwo noch zu langsam geht. Bis man die ganzen Teilungspläne hat, bis man beim Grundstück die ganzen Kommissionen durchlaufen hat, bis die Höfekommission ihren Segen dazu gibt usw., zieht einfach zu viel Zeit ins Land. Bis man den Grund umgewidmet bekommt und ihn dann kaufen kann, geht eineinhalb Jahr ins Land und bis ich gebaut habe, gehen vielleicht auch drei Jahre vorbei. Hier sollte man in Zukunft versuchen, die ganzen Abläufe zu kürzen, damit jetzt in dieser Zeit die Unternehmen investieren können.

Jetzt komme ich wieder auf den Arbeitsmarkt zu sprechen. Es ist die Rede davon, in Zukunft IRAP-Senkungen zu machen, Kollege Renzler, wenn im Gegensatz Lohnsteigerungen die Folge sind. Das ist perfekt, das ist sicher eine super Lösung, aber die Lohnsteigerungen kommen nicht nur wegen der IRAP, sondern in erster Linie ... Ich bin aus dem Pustertal und habe heute mit Bankleuten gesprochen, die sagen, dass bei uns derzeit der Arbeitsmarkt so ausgetrocknet ist, dass, wenn ich einen ausgebildeten Arbeiter habe, ich die Arbeitskräfte abwerbe. Natürlich muss ich eine grundsolide Ausbildung haben. Wenn ich überhaupt nichts kann, dann bin ich immer ersetzbar. Es geht immer um die Ersetzbarkeit. Wenn man mit den Arbeitskräften redet, dann hat sich in den letzten 7 bis 8 Jahren viel entwickelt, wo man zunächst gesagt hat, dass man die Chancen auch im Ausland sehen würde. Dann sehe ich jetzt, ob ich als Arbeitskraft vier Angebote bekomme und ich mir das Beste aussuchen kann. Das ist im Grunde das Fundament, dass die Löhne steigen werden und nicht nur die IRAP-Senkung.

Kollege Renzler, ich muss schmunzeln, weil Du auch schmunzelst, wenn man sagt, Löhne steigern bei IRAP-Senkung. Was machen wir mit den Löhnen? Ich glaube, dass die wenigsten Unternehmen, vielleicht ganz die großen, aber die mittelständischen zahlen in Südtirol keinen Tarif, sondern zahlen weit über dem Tarif. Wenn ich jetzt hergehe und sage, wenn ich die IRAP senke, dann musst Du mir den Lohn steigern. Aber von welcher Grundlage gehen wir aus, wenn ich schon im Grunde höhere Löhne zahle? Ich möchte einmal eine Studie erleben, wo man sagt, in Südtirol zahlen die Unternehmen nach Tarif. Ich glaube und weiß, dass die wenigsten Unternehmen sich leisten können, überhaupt nach Tarif zu zahlen, denn sie zahlen alle mehr. Wenn ich jetzt hergehe und sage, ich zahle schon viel mehr, dann kommt mir die IRAP-Senkung ganz zu Recht. Deswegen sage ich, dass es ein sehr guter Vorschlag wäre, weil ich von vornherein schon mehr zahle. Dann zahle ich in Zukunft weniger Steuern und die Wirtschaft läuft noch einmal besser. Aber nicht nur auf der Grundlage der IRAP-Senkung, sondern auf der Grundlage dessen, dass wir alle zusammen Arbeitskräfte suchen und auch diese gut behandeln und gut zahlen müssen, steigen die Löhne und das Rad beginnt sich zu drehen. Man sieht, dass die Wirtschaft gut läuft.

Man sieht das auch am Handelsbilanzüberschuss der letzten zwei Jahre, das heißt Südtirol hat zwei Jahre lang nach einigen vielen Jahren Handelsbilanzdefizit einen Handelsbilanzüberschuss, das heißt, dass Südtirol insgesamt an Geld verdient, also es kommt Geld ins Land. Da wird sicherlich auch der Tourismus seine Rolle in diesem Sinne spielen, aber auch hier glaube ich, dass man strategisch gesehen ausloten kann oder soll, wie wir diesen Handelsbilanzüberschuss noch weiter ausbauen können und wo ich mir denke, dass das meiste Geld abfließt. Wahrscheinlich ist das bei uns die Treibstoffbranche. Ich kann mir vorstellen, dass, wenn wir die E-Mobilität – wir haben Wasserkraftwerke – oder auch das Wasserstoffkraftwerk weiter forcieren, man sehr viel Kaufkraft oder sehr viel Geld im Lande halten könnte, als es nach Saudi Arabien usw. zu schicken. Hier könnte man auch noch einmal gewisse strategische Weichenstellungen machen, von mir aus auch Förderungen auflagen usw.

Wir haben gesehen, dass das Land derzeit – wir sind in einer sehr glücklichen Lage – nicht daran hinkt, dass wir keine Arbeit, keine Arbeitsplätze haben, dass der Tourismus nicht gut läuft, sondern genau das Gegenteil ist der Fall. Wir sind in einer Lage, wo wir sagen müssen, dass wir in gewissen Bereichen vielleicht beginnen müssen zu bremsen, weil es derart gut oder zu gut läuft. Das ist nicht nur alles hausgemacht, sondern auch die internationale Situation spielt eine Rolle, wo man sagt, dass man Fernreisen in die Türkei nicht mehr machen werde, nach Nordafrika auch nicht, sondern in ein sicheres Land gehe – Südtirol gilt als sicheres Land – und hier Urlaub mache.

Ich verstehe auch die Grünen, die sagen, dass man eine Diskussion über die Obergrenzen anregen solle. Aber ich warne davor, dass man fixe Zahlen nennt, denn aus meiner Sicht muss man Obergrenzen flexibel definieren. Wenn ich sage, Südtirol ist derzeit wirklich voll von Touristen ausgelastet, dann möchte ich einmal, dass festgestellt wird, in welchen Bereichen, in welchen Bezirken, in welchen Gebieten, in welchen Talschaften der Tourismus ausgereift oder ausreichend vorhanden ist und ob es noch Talschaften, Gemeinden gibt, in denen es noch ausbaufähig ist und man in Infrastrukturen investieren und, wie gesagt, Hotels und Skigebiete bauen kann.

Erlauben Sie mir noch einen Hinweis. Wenn ich mir das Wipptal anschau, das vielleicht wirtschaftlich oder tourismusmäßig ausbaufähig wäre und jemand in ein Skigebiet investieren möchte, dann bin ich der Meinung, dass man dieses Skigebiet, das Unternehmer für sich selbst ausbauen möchten, entwickeln lassen soll, weil man gesehen hat, dass andere Skigebiete speziell im Wipptal zusperren mussten. Es gibt immer noch Gebiete, in denen noch etwas ausbaufähig ist und es gibt Gebiete, wo man sagt, hier müssen wir vor allen Dingen unser Potential nützen und mit der Qualität nach oben gehen. Zeiten wie diese sind die perfekten dazu, dass man sagt, gehen wir mit der Qualität nach oben, ziehen wir Tourismusschichten an, die auch gut zahlen. Das können wir uns erlauben. Aber wir müssen nicht jeden oder alles nehmen, dass man das über Qualität und Preis reguliert und nicht durch fixe Zahlen.

Liebe Kollegen der Grünen oder auch der Verband für Natur- und Umweltschutz, es gibt Gebiete, in denen man ausbauen kann und nicht bei jeder Pistenerweiterung einen Rekurs machen muss, obwohl ich sage, dass ein Rekurs immer gut ist, weil man dann am Projekt weiterarbeitet und sagt, ich komme an eine Hürde und über diese Hürde muss ich dann gehen und möchte weiterarbeiten.

Über die Grundstückspreise habe ich schon gesprochen.

Bürokratieabbau ist ein Schlagwort. Wie funktioniert der Bürokratieabbau? Ich würde es so machen. Ich bin ein klassischer Liberaler. Ich würde Dienste, die derzeit die öffentliche Hand anbietet, an Private auslagern, vielfältige Dienste nicht nur in der Sanität, sondern auch andere Dienste, wenn es um Baugrundausweisung und um solche Sachen geht, einfach beginnen auszulagern. Ich weiß, dass es nicht populär ist, weil man sagt, Private unterstützen. Wie will ich sonst Bürokratie abbauen, wenn ich nicht auf der anderen Seite die gleiche Leistung mit Bürgern biete und Dienste an Private auslagere oder Gebäude aufstelle? Wir wissen, dass die öffentliche Hand Gebäude mit einem enormen bürokratischen Aufwand aufstellt, aber wenn ich hergehe und sage, unter gewissen Umständen gehen mir auch PPP-Projekte gut usw., dann kann ich auch Dienste in diesem Sinne auslagern.

Ich hätte nur noch zwei Anmerkungen zu machen, und zwar zu den Bestimmungen im Zusammenhang mit dem Stabilitätsgesetz selbst. Wir haben hier zwei Artikel drinnen. Einmal würde mich die Steigerung von Integrationsschülern innerhalb von 4 Jahren um 27 Prozent interessieren. Hier gibt es einen enormen Zuwachs von Integrationsschülern. Aus welcher Situation ergibt sich das? Dass wir in Südtirol innerhalb von vier Jahren um 27 Prozent mehr Integrationsschüler haben, muss irgendwo einen Grund haben, entweder eine andere Bemessungsgrundlage oder sonst irgendetwas.

Artikel 8, das SPRAR-Programm, welches von vielen Gemeinden angenommen worden ist. Da sage ich, das sind politische Entscheidungen. Einige Gemeinden sagen, dass sie das nicht machen möchten, andere Gemeinden sagen, dass sie das machen möchten, dass sie die Leute aufnehmen möchten. Wenn ich als Gemeinde ehrlich bin und die Entscheidung treffe, diese Leute aufzunehmen, dann muss ich sie auch in diesem Sinne würdig unterbringen. Ich kann nicht hergehen, wie das mit diesem Gesetz funktioniert, ... Es ist auch der ganzen übrigen Bevölkerung gegenüber ungerecht, wenn ich sage, wir können auch Gebäude ohne Benutzungsgenehmigung oder Baukonzession usw. nutzen und das nur mit Bestimmung des Landeshauptmannes machen. Das ist den übrigen Leuten, den Südtirolern gegenüber sehr ungerecht. Mir geht es hier nicht um die politische Diskussion, denn diese kann auch geführt werden, aber wenn ich als Gemeinde hergehe und sage, wir sind in diesem Sinne eine gute Gemeinde, wir nehmen diese Leute auf, dann muss ich sie schon irgendwo unterbringen, wo es in Ordnung ist – die Entscheidung muss vorher fallen - und nicht irgendwo in Containern oder in einer Gewerbehalle, denn andere Menschen können dort auch nicht leben. Das ist für mich eine enorme Ungerechtigkeit.

Herausforderungen für die Zukunft des Landes sind die Wanderungsströme, die eine negative Seite der Globalisierung sind. Es gibt positive und negative Seiten der Globalisierung. Die ganz große Herausforderung - das wird über Generationen gehen - ist folgende. Wir hatten in Europa in der westlichen Welt 500 Jahre die Vorherrschaft, vielleicht 400 Jahre, die letzten 100 Jahre eher die Amerikaner. Das ändert sich jetzt innerhalb weniger Zeit radikal. Wir werden von den Asiaten, Chinesen usw. überrollt und wissen selber noch nicht, auf welchem Niveau – ich will nicht sagen, dass wir auf einem absteigenden Ast sind – wir jetzt sind, aber wir tendieren eher nach unten, wo andere Völker enorm aufbauen. Das wird die große Herausforderung sein, einmal wirtschaftlich-geschäftlich, aber auch für unsere Jugend, wenn man sich die Schulen anschaut.

PRESIDENTE: Prima di chiudere l'odierna seduta Vi comunico che in ordine al processo verbale della seduta precedente, messo a disposizione all'inizio dell'odierna seduta, non sono state presentate durante la seduta richieste di rettifica, per cui lo stesso, ai sensi dell'articolo 59, comma 3, del regolamento interno, si intende approvato.

Grazie la seduta è chiusa.

Ore 18.00 Uhr

**Es haben folgende Abgeordnete gesprochen:
Sono intervenuti i seguenti consiglieri/le seguenti consigliere:**

HEISS (11)

KÖLLENSPERGER (21)

MAIR (23, 27)

PÖDER (1)

STIRNER (19)

TINKHAUSER (27)

ZIMMERHOFER (8)